

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Gemüts“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juli 45,- Mf., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 85,- Mf., für das übrige Ausland 110,- Mf. Zeit. u. Exped. Berlin K 23, 40, Kronprinzenufer 27 I. Tel. Moadit 2021.

Die schlagendste Kompartillesselle über deren Raum kostet 20,- Mf., einschließlich Interatentheur. Kleine Anzeigen: Das vierteljährliche Wort 3,- Mf., jedes weitere Wort 2,- Mf., einschließlich Interatentheur. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gelände 12,- Mf. netto pro Zeile. Stellen-Gelände in Wort-Anzeigen: das selb- abwärts Wort 2,- Mf., jedes weitere Wort 1.50 Mf. Redaktion: Fernsprecher Npl. 4167, 4391, u. 159 97. Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Hinter den Kulissen der Organisation C.

Das sozialdemokratische „Hamburger Echo“ vom 5. Juli teilt mit, daß in Hamburg 25 Angehörige der Organisation C in Untersuchungshaft genommen worden sind. Unter diesen 25 Mann befinden sich nicht weniger als einundzwanzig Handlungsgehilfen. Das ist für Eingeweihte nicht verwunderlich. Für den Nichteingeweihten gibt der nachstehende Artikel hinreichenden Aufschluß.

Die Zahl der großagrarischen und schwerindustriellen Monarchisten ist viel zu klein, als daß sie gegenüber der Masse des deutschen Volkes zahlenmäßig in Betracht kommen könnte. Das wissen sie selbst ganz genau und trachten deswegen danach, möglichst größere Kreise für sich einzufangen. Der ihnen willfährigste Schrittmacher ist der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DhV), der sich den Angestellten gegenüber als eine Gewerkschaft von Arbeitnehmern ausgibt, der jedoch in Wirklichkeit eine politische Organisation ist, die monarchistische und antisemitische Zwecke verfolgt.

Die vom DhV herausgegebene Zeitschrift „Deutsche Handelsmacht“ weist in ihrer Ausgabe vom 21. Juni 1922 selbst darauf hin, daß er „im politischen Leben stehe“ und sie fährt fort zu sagen, dieser Verband sei es gewesen, „der die Gründung und die Existenz nationaler Verbände, wie „Nichte-Gesellschaft“, „Deutsche Bühne“ usw. erst ermöglicht hat, der die führenden völkischen Zeitschrift „Deutsches Volkstum“ das Durchhalten möglich machte, der Jahr für Jahr zehntausende nationaler Schriften verbreitete und unausgesetzt selber solche schuf.“

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband gibt auch eine „Der deutsche Kaufmann im Ausland“ beizuliege, aber im Inland verbreitete Monatschrift heraus, in welcher der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Walter Lambach unterm 20. Juni 1922 schreibt:

„Ein dauernd wachsender Teil des deutschen Volkes hegt in Herz und Verstand den Glauben, daß schließlich doch das soziale Kaiserium wiedererrichten müsse, weil man nur in ihm die Staatsform habe, die dem deutschen Volkcharakter und der dauernden gefährdeten Lage des deutschen Landes wirklich entspreche.“

Herr Walter Lambach lobt sodann das angebliche persönliche überlegene Können des Herrn Hugo Stinnes und bedauert nochmals, daß das soziale Kaiserium der Hohenzollern nicht mehr vorhanden sei, das bisher den Ausgleich zwischen der Uebermacht der Unternehmer und den Arbeitnehmern herbeigeführt habe. Herr Lambach meint:

„Das Gegengewicht, das das soziale Kaiserium der Hohenzollern gegen diese Uebermacht bildete, ist ebenfalls dahin. Der Staat als solcher mit seinem Allpather und seinem dauernden Ministerwechsel ist nicht stark genug, um in die Rolle des sozialen Kaiseriums einzutreten.“

Die politischen Freunde des Herrn Lambach beschleunigen nun den Ministerwechsel noch mehr, indem sie Rathenau ermordeten. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband gibt außerdem noch eine Monatschrift „Kultur des Kaufmanns“ heraus, deren Herausgeber ebenfalls Herr Walter Lambach ist. Darin hieß es bereits im März 1921 über die Minister der Republik:

„Der Minister werden wollte, der mußte „organisiert“ sein, er mußte sich „orientieren“ können. Und diese „Organisierten“ organisierten nun, das es eine Lust war; die Unordnung wurde organisiert, und schließlich war der ganze Staat eine große „organisierte Unordnung“. Leute, die es nicht einmal zum Sattlermeister gebracht hatten, Klaviermacher, Maurer und viele andere, die schon längst ihrem Handwerk Lebewohl gesagt hatten und tüchtig waren, weil keinerlei Fachwissen sie belastete und die Voraussetzungslosigkeit und Ahnungslosigkeit ihrer wirtschaftlichen Anschauungen trübte, bestiegen den Reichsstarren.“

Herr Walter Lambach hält es auch für notwendig, den Zentrumsabgeordneten Giesberts die angeblich sachliche Unfähigkeit noch besonders zu bescheinigen, deswegen sagt er:

„Herr Giesberts, der es vom Vater zum Reichspostminister gebracht hat, ist ohne Zweifel ein wohlmeinender und tüchtiger Mann, aber“

Die persönliche Hege gegen die republikanischen Minister, die vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband betrieben wird, richtete sich namentlich gegen den jetzt ermordeten Walter Rathenau. Herr Walter Lambach gab kurz nach dem Novemberumsturz 1918 im Verlage der Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbände eine Broschüre „Diktator Rathenau“ heraus, die ganz im Stil des welfen Rektor Alwardt geschrieben ist, bei dem seinerzeit der Antisemitismus schon zur offenkundigen Geisteskrankheit geworden war. In dieser Lambach'schen Schrift wird Rathenau als der Verantwortliche für den Zusammenbruch Deutschlands hingestellt. Danach ist Rathenau „der Versüßter und Werber auf allen Gebieten“ während des Krieges gewesen. Rathenau sei der geistige Urheber der Kriegszwangswirtschaft gewesen. Die Heimat sei während des Krieges in Verzweiflung geraten durch die aufs höchste getriebene Knechtung der Gesamtheit aller ehlich Schaffenden durch Hungerpreise, Wegernutzenzustand und Gestaltungsbehl. An alledem war, wie Herr Walter Lambach mittelst, der jetzt ermordete Rathenau schuld. Walter Lambach wußte aber noch mehr. Ihm war bekannt, daß Rathenau nicht nur das deutsche Kaiserreich vernichten wollte, sondern sogar beabsichtigte, „das deutsche

Das Amnestiegesetz angenommen.

Des Landtags letzte Tat.

Bevor der Preussische Landtag gestern in die Ferien ging, erledigte er eine Reihe von Anträgen, die mit dem Gesetz zum Schutze der Republik zusammenhängen. Allerdings machte er keine ganze Arbeit, da nicht nur die Deutsche Volkspartei, sondern auch Demokraten und Zentrum keineswegs geneigt waren, den Anträgen, die unsere Partei gestellt hatte und die einen wirklichen Schutz der Republik bezweckten, ihre Zustimmung zu geben.

Gleichmaßen wie das Gesetz zum Schutze der Republik wurde auch das Amnestiegesetz verhandelt und gelangte in dieser verhandelten Fassung, die aber immerhin gegenüber dem bisherigen Zustand eine gewisse Verbesserung bedeutet, zur Annahme.

Sitzungsbericht

Auf der Tagesordnung stand neben kleineren Gesetzesvorlagen die dritte Lesung der zum Schutze der Republik vorgelegten Gesetzesentwürfe.

Zu einer besonderen Ueberraschung führte die Abstimmung über den Gesetzentwurf betreffend Aenderung des Gesetzes über die landwirtschaftliche Unfallversicherung vom 23. Juli 1912. Es wurde ein Antrag Schulz-Neußlin (Komm.) angenommen, der entgegen dem Gesetzentwurf die Landwirtschaftskammern ganz wesentlich in ihren Vorrechten zugunsten der Landarbeiter beschnidet. Nach Annahme dieses Antrages konnten die bürgerlichen Führer bestürzt zum Saal hinaus, um ihre Schäflein zusammenzuholen.

Nach Erledigung des Schußpolizeibeamtengesetzes trat das Haus in die dritte Beratung der zum Schutze der Republik vorgelegten Gesetzesentwürfe ein.

Abg. von der Ostern (deutschl.): Wir erheben noch einmal unsere warnende Stimme. Wenn diese Gesetzesentwürfe angenommen werden, haben wir den Gewaltstaat. An den gegenwärtigen wirtschaftlichen Zuständen sind die Auswirkungen des Verfallers Friedensvertrages schuld. (Zuruf: Eure Mordtaten!) Die Gesetze sind ausschließlich gegen rechts gerichtet.

Minister des Innern Seering: Allerdings ist die Atmosphäre, die uns umgibt, nicht zuletzt auf den außenpolitischen Druck zurückzuführen. Aber die Befolgung der deutschnationalen Methoden würde diesen Druck nur vermehren. (Sehr richtig! links.) Der Minister zitiert einen Brief, den ein Redakteur des „Deutschen Tageblattes“ geschrieben hat, in dem es heißt, daß der Verfasser sich nach dem Einzug Jodis in Berlin kehrt. (Hört, hört! links.) Die Situation gegenüber der Zeit des Sozialistengesetzes ist eine ganz andere.

Jetzt bedeckt ein Netz von Mörderbanden das ganze Land. Das Sozialistengesetz richtete sich nur gegen die Industriearbeiterschaft. Gegenwärtig werden kaltblütig Mordpläne von langer Hand vorbereitet. Ich werde unabsichtlich gegen Verfehlungen der mir unterstellten Beamten einschreiten. Heute besteht die Voraussetzung, die Gesetze gegen links anzuwenden, nicht. Ist dies notwendig, wird mit denselben Mitteln vorgegangen werden.

Abg. Schumann (Komm.): Die Darstellungen des Herrn von der Ostern beruhen auf bewährte Unwahrheiten. Das vom Minister hier vorgebrachte Material ist schon im Dezember in der „Roten Fahne des Ostens“ veröffentlicht worden. Bisher ist trotzdem noch nichts gegen rechts unternommen worden.

Abg. Rabold (USPD):

Die Deutschnationalen haben ihre Existenz dem Vorgehen der verschiedenen republikanischen Regierungen gegen die Opposition von links zu verdanken. Die Sozialdemokratie stand während des So-

zialistengesetzes auf rein geschlichem Boden. Keine Partei hat nach der Revolution sozial Freiheit befehen wie die Deutschnationalen mit ihrem Anhang bis zu den Demokraten herüber. Der größte Teil der Richter und Beamten sind Monarchisten. Von dem Amnestiegesetz ist meine Partei nicht befreit. Wir verurteilen vor allen Dingen, daß die Eisenbahner von der Amnestie ausgenommen sind. Wir müssen alle Freunde der Republik zurückgewinnen. Schuld der Demokraten ist es, daß diese Ausnahme geschaffen wurde. Den Bemühungen des Herrn Dr. Leidig von der Deutschen Volkspartei ist es gelungen, die schlimmsten Gefahren von den Monarchisten abzumenden. Wir wissen, daß es sich bei dem

Kampf um die Republik um Machtfragen handelt. Die Arbeiterschaft ist allein die zuverlässige Stütze der Republik. Wir werden den Gesetzen zustimmen.

Ueber die Tätigkeit der Verbände sind sogenannte hochgestellte Persönlichkeiten sehr gut unterrichtet. Ludendorff ist Mitglied derartiger Organisationen. Er ist bis heute noch nicht verhaftet. Bei den von dem Abg. von der Ostern vorgebrachten Mordtaten handelt es sich um in höchster Aufregung begangene Ausschreitungen. Der Sturz der Mark ist auf die Tätigkeit der Mordbänden zurückzuführen. Das Ausland hat kein Vertrauen zu der gegen ihre Feinde so schlapp auftretenden Republik. Das wenige, was hier beschlossen wird, hängt noch von der Ausführung ab. Von den in der Koalitionsregierung sitzenden Monarchisten, den Ministern Boelck und von Richter, ist ein Einschreiten nicht zu erwarten. Herr Dr. Leidig hat ausgeführt, daß ihre in der Regierung sitzenden Mitglieder sich in erster Linie als Vertreter der Deutschen Volkspartei fühlen. Die Sozialdemokraten müssen sich demgegenüber als Vertreter der Arbeiterschaft fühlen. Wir sind die wahren Freunde der Republik! (Bravo! bei den Unabhängigen.)

Nach Ausführungen des Abg. Heilmann (Soz.) wird in der Abstimmung das Amnestiegesetz mit 285 gegen 59 Stimmen angenommen.

Das Beamtengesetz wird mit 263 gegen 90 Stimmen angenommen.

Das Gesetz, betreffend die Dienstvergehen der Richter, gelangt mit 264 gegen 88 Stimmen zur Annahme. U. a. wurde folgende Entschliessung mit überwiegender Mehrheit angenommen:

Der Landtag wolle beschließen: das Staatsministerium zu ersuchen, von Amts wegen alsbald in eine Prüfung sämtlicher aus Anlaß des letzten Eisenbahnstreiks zur Beurteilung gelangten Straffälle einzutreten und unter Würdigung der näheren Umstände bei den einzelnen Straftaten von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen. Zurzeit noch anhängige Strafverfahren sind nach ihrem Abschluß im Falle der Verurteilung nachträglich ebenso zu be- handeln.

Die Deutschnationalen stimmten gegen diese Entschliessung. Angenommen wurde ein Antrag, die monarchistischen Bilder aus den Amtsräumen und aus den Schulen zu entfernen. Dagegen stimmten neben den Deutschnationalen auch die Deutsche Volkspartei.

Ferner gelangt ein Entschliessung zur Annahme, die verlangt, daß neben der preussischen Flagge auch die Reichsfahne aufgezogen werden soll.

Ebenfalls zur Annahme gelangt der Antrag der USPD, der die Auflösung der Selbstschutzzorganisationen verlangt. Sodann wurde die Erhöhung der Diäten auf monatlich 6000 M. beschloffen.

Nach Erledigung einiger kleiner Fragen ging der Landtag in die Ferien.

Voll zu treffen, ihm Krankheitskeime ins Blut zu impfen, die ewiges Siechtum bringen“.

So geht's weiter. Unterm 12. April 1922 empfahl dieselbe Zeitschrift das von dem deutschvölkischen Hehreprediger Alfred Roth (übrigens auch ein früheres Verwaltungsglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes) herausgegebene Buch „Rathenau, der Kandidat des Auslandes“.

Nachdem so die Stimmung gegen Rathenau jahrelang vorbereitet worden ist, bringt die „Deutsche Handelsmacht“ unterm 21. Juni 1922 — also kurz vor der Ermordung Rathenaus — folgende Notiz:

Die Neuherung Rathenaus lautet nicht: „Wenn Deutschland siegen würde, hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren“ — sondern genau: „Nie wird der Augenblick kommen, wo der Kaiser als Sieger der Welt mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durchs Brandenburger Tor zieht. An diesem Tage hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren. Nein! Nicht einer der Großen, die in diesen Krieg zogen, wird diesen Krieg überdauern.“ Diese Neuherung ist in R.s. Schrift „Der Kaiser“ auf Seite 28 wiedergegeben.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband ist nicht nur eine politische Organisation, sondern er hat einen Teil seiner Mitglieder auch zu einer politischen Geheimorganisation zusammengeschlossen, die er „national- und kulturpolitische Arbeitsgemeinschaft“ nennt. Seine Arbeitsgemeinschaft Brandenburg (Berlin, Oberwasserstr. 12) hat schon im Jahre 1920, d. h. um die Zeit des Rapp-Putsch, Richtlinien für Rechtsputsch herausgegeben, in denen es für solche Fälle heißt:

„Es ist strikt verboten, daß irgendein Bürokrate auch nur einen Federstrich macht. Die Büros haben die Unterlagen für die Berechnungen so zu „sortieren“, daß kein Außenstehender, auch nicht Prokuristen und Direktoren, sich durch-

finden. Wir überlassen der Findigkeit unserer Kollegenschaft die Art, wie sie diese Belege unübersichtlich machen wird.“

In Industriebezirken oder Redieren des Bergbaues, wo die Artikel für Lebensbedürfnisse in Verteilungsstellen verausgabt werden, hat die Kollegenschaft gleichfalls sofort die Arbeit niederzulegen. Unterlagen über Lagerorganisation und Bestände verschwinden sofort. Der Betrieb ruht völlig, selbst auf die Gefahr hin, daß die Betriebe gestürmt werden. Um so eher tritt das Bedürfnis nach geordneter Versorgung wieder ein. Im übrigen wird selber mit dem Personal der Lieferungsfirmen in Verbindung steht, ist Verbindung durch unsere Geschäftsstellen (Anmerkung: des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes) aufzunehmen. Die Maßnahmen sind bereits durchzuführen, wenn der Terror beginnt. Die ganze Lebensmittelversorgung steht also still.

Expeditionen: Es versteht sich am Rande, daß Wagenbestellungen oder sonstige Arbeiten in der Expedition, selbst fertig vorbereitete Sendungen liegen bleiben. Die „Sortierung“ der vorhandenen Unterlagen ist gleich so vorzunehmen wie in den Lohnbüros. Außenstehende dürfen sich in nichts zu- rechtfinden.“

Das sagt genug! Die vielen Zeitschriften und Broschüren, die der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband herausgibt, lassen sich bei den heutigen Verhältnissen nicht allein aus seinen Mitgliederbeiträgen bezahlen. Dafür fliehen ihm andere Mittel zu — Mittel, die offenbar aus denselben Kreisen kommen wie die,

von denen die Würder Erzberger, Rathenau usw. bezahlt werden. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß diese Hintermänner die Sache so ungeschickt anfangen, daß sie dem Deutschen Handlungsgesellenverband das bare Geld derart zuschießen, daß dieser es in seine Bücher eintragen müßte. Solche Dinge verstehen die Monarchisten natürlich viel besser zu singern, indem sie etwa all die schmutzigen Druckchriften, die jener Verband herausgibt, kaufen und nach Möglichkeit in geeigneten Kreisen verbreiten. Solche Subskriptionen könnten die Monarchisten natürlich selbst drucken. Der Gewinn für sie liegt aber gerade darin, daß der Deutschen Handlungsgesellenverband ihnen die Herstellung dieser politischen Schriftchen abnimmt und diese Schundliteratur unter scheinbar politisch neutraler Flagge in die Welt schießt.

Die Pflicht der Sozialdemokratie.

Die rechtssozialistische „Volkstimme“ (Frankfurt a. M.) umreißt die Pflicht der Sozialdemokratie wie folgt:

„Ehrliche Bekenntnisse — das gilt für jede Partei.

Für unsere Partei bedeutet es, daß sie entsprechend den Bedingungen handelt, ohne die sie nach dem bekannten Beschluß des Göttinger Parteitages in keiner Regierungskoalition bleiben darf. Weder mit Geßler noch mit einem anderen Reichswehrminister, der monarchistische Offiziere duldet, darf es künftig eine Arbeitsgemeinschaft in der Regierung mehr geben. Dem Reichspräsidenten ist ausdrücklich in der Verfassung das Recht verliehen, aus eigener Machtvollkommenheit ein Ministerium zu ernennen und den Reichstag aufzulösen. Erst wenn diese Auflösung keine Mehrheit für das von ihm ernannte Ministerium bringt, muß er es entlassen. Es heißt jetzt schnell handeln und dem Zentrum und den Demokraten zu gebieten, daß sie die Unabhängigen in die Regierung aufzunehmen haben und das Offizierkorps der Reichswehr aus einer monarchistischen Prätorianergarde in eine unbedingt zuverlässige Truppe der Demokratie zu verwandeln hat. Die Bedingungen, unter denen die U.S.P. sich zum Eintritt in die Regierung bereit erklärt hat, sind nichts als die gemeinsamen von den sozialistischen Parteien aufgestellten Forderungen. Wollen Zentrum und Demokraten nicht Zug um Zug darauf eingehen, dann muß das Ende der Koalitionspolitik mit ihnen bedeuken.

Entweder heißt es jetzt die Demokratie — die Reaktion! Und wenn diese Parole mehr als Phrase sein soll, dürfen Demokraten und Zentrum dem Geßler, dem Götting und den anderen Götting der Reichswehr nicht folgen. Da es gilt heißt: die Bürgerliche — die Sozialisten! Entweder demokratische Freiheit auf Grund gemeinsamer Plattform aller Parteien, die Deutschland der alten Gewalten dem Vornovember zum Trotz erhalten wollen, oder Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat! Wenn es kein freies bürgerliches Bürgertum gibt, dann hat das Proletariat allein aufzuräumen! In unseren Reihen kann es, darf es darüber Meinungsverschiedenheiten nicht geben!

Uns erscheint diese Mahnung an die Pflichten der Sozialdemokratie besonders bemerkenswert im Hinblick auf die Haltung einiger sehr einflussreicher Mitglieder innerhalb der SPD., wobei wir nur an Cunow erinnern wollen.

Was nun?

Unter dieser Schwärze bespricht Heinrich Cunow, der Chefredakteur der „Neuen Zeit“, Wochenchrift der Rechtssozialisten, in diesem Organ die politische Situation, wie sie sich durch den Rathenau-Mord herausgebildet hat. Nach längeren Erläuterungen der Maßnahmen, die zur Säuberung der Justiz und der Verwaltung von reaktionären Elementen sowie zur Entpolitisierung der Reichswehr und zur Reform der Schutzpolizei notwendig sind, kommt er auf die Frage der Koalition zu sprechen. Soweit die Koalition in Preußen in Frage kommt, bemerkt er:

„Sollen diese Reformen zur Durchführung gelangen, dann ist jedoch die erste aller Vorbedingungen, daß die jetzige Regierungskoalition in Preußen schärfer gegen rechts abgegrenzt, das heißt die Deutschnationalen Partei noch mehr als bisher isoliert wird, und daß ferner innerhalb der Koalition die sozialdemokratische Fraktion sich eine stärkere Geltung verschafft. Deshalb halte ich auch den von einigen Gegnern der erweiterten preussischen Regierungskoalition gemachten Vorschlag, die außerparlamentarische Situation dazu zu benutzen, die Deutsche Volkspartei wieder auszuschließen und statt ihrer die Unabhängigen in die Koalition einzubeziehen, für völlig verfehlt. Eine derartige neue Koalition würde selbst dann, wenn — was nach meiner Ansicht höchst unwahrscheinlich ist — Zentrum und deutschdemokratische Fraktion für eine solche Umgruppierung zu haben wären und andererseits die ganze Fraktion der Unabhängigen sich zu einem Zusammenarbeiten mit diesen Parteien bereit fände, ein so schwaches, innerlich zerfallenes und arbeitsunfähiges Gebilde sein, daß jede ernste Reform unmöglich würde. In der neuen Re-

gierungskoalition würde sofort eine Intrige die andere jagen und fortgesetzte Zwistigkeiten jede Arbeitsfähigkeit lähmen, denn die Unabhängigen haben nun mal, abgesehen vielleicht von ein paar Personen des mittelfachen rechten Flügels, keinen einzigen Politiker in ihren Reihen, der über seine Nase hinweg in die Zusammenhänge der großen Politik hineinzuhaben vermag und die gegebenen Entwicklungsmöglichkeiten begreift. Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie im Preussischen Landtag hat — das zeigte ihr Verhalten bei der Attentatsdebatte aufs Neue — nur Agitatoren mit engbegrenztem Horizont, deren heutige Politik lediglich darin besteht, aus der jehigen Stimmung der Arbeiterschaft einige Zutaten für ihren Parteilappentopf herauszufischen.“

Diese Auslassungen stehen zwar in einem Widerspruch zu dem, was der „Vorwärts“ in den letzten Tagen über die Koalitionspolitik geschrieben hat, sie stehen auch im Widerspruch zu dem Beschluß der rechtssozialistischen Reichstagsfraktion, der sich allerdings nur auf die Koalitionspolitik im Reich bezieht, aber immerhin ist es bezeichnend, daß die Stellungnahme Cunows in der „Neuen Zeit“ bisher im rechtssozialistischen Lager keinen Widerspruch gefunden hat.

Ein Schritt vorwärts!

Die SPD. in Sachsen gegen Götting.

Am vergangenen Samstag und Sonntag fand in Chemnitz der ordentliche Landesparteitag der sächsischen Rechtssozialisten statt. Die Verhandlungen fanden ununterbrochen unter dem Eindruck der letzten Ereignisse. — Eine von Boeckel Chemnitz vorgeschlagene Resolution forderte, daß eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei unter allen Umständen abzulehnen sei. Einspruch dagegen erhob eigentlich nur der sächsische Ministerpräsident Buch, der darauf verwies, daß eine solche Resolution im Widerspruch zu dem Beschluß des Göttinger Parteitages stehe. Die übrigen Redner stellten sich alle auf den Boden der Resolution Boeckel, die schließlich mit der Erhebung der Worte „unter allen Umständen“ durch „entschieden“ angenommen wurde. — Bemerkenswert ist, daß mehrere Redner feststellen mußten, der Göttinger Beschluß habe in den Betrieben große Entrüstung hervorgerufen und die Vorbereitung der Partei ungemein erschwert. — Ferner wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Landesparteitag begrüßt die Entschließung der Leipziger USP-Funktionäre, da nach einer im Kampfe um die jehigen Forderungen errungenen Gemeinschaft der Auffassung der beiden sozialistischen Parteien SPD. und USP. auch einer organisatorischen Wiedervereinigung nichts mehr im Wege steht. Der Landesparteitag würdigt diesen Schritt der Leipziger USP-Funktionäre als eine wichtige Teilmeinung der sächsischen Schwerepartei und wünscht sehr herzlich, daß sie bald die Meinung der ganzen USP. Deutschlands wird. Die Landesinstanzen der sächsischen SPD. werden alles aufbieten, in unserem Lande diese Entwicklung mit allen Kräften zu fördern.“

Wir begrüßen den Beschluß des sächsischen Landesparteitages der SPD. besonders im Hinblick darauf, daß die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse, der zweifellos mit dem Göttinger Beschluß ein empfindlicher Schlag zugeführt wurde, heute notwendiger denn je ist.

Der fällige Segen.

Bei den Kommunisten ist offenbar die lange erwartete Post aus Moskau eingetroffen. Und, wie immer in gespannten Situationen, enthält sie auch diesmal den väterlichen Segen in Gestalt eines Aufrufs der Moskauer Regierung. Die Zensur für die deutschen Schüler ist günstig: Ihr habt recht gehandelt. Wir sind mit euch zufrieden. Der Aufruf der russischen Regierung richtet sich aber auch gleichzeitig an das deutsche Proletariat. Wie üblich, natürlich in Form von Beschimpfungen der anderen Parteien. So heißt es in den Belehrungen der Moskauer an die deutsche Arbeiterklasse u. a.:

„Es bereiten auch jetzt schon die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaftsbureaus in einem Schlag gegen die Einheitsfront des Proletariats vor.“

Denn sie denken gar nicht daran, die Forderungen durchzuführen, weil sie „bei den Bankiers aus der Demokratischen Partei und bei den Junkern und Fabrikbesitzern aus der Zentrumspartei keinen Anstoß erregen wollen“. Die Vorhut des Proletariats (gemeint ist die KPD.) lehne es ab, „Solidarität (!!) zu üben mit den demokratischen Bankiers, den Kleinbürgerlichen und

schwerindustriellen Zentrumspolitikern“. Das machen nur die „Verräter“ und „Renegaten“, die nach der Moskauer Ansicht drauf und dran sind, „zum Kampf mit Maschinengewehren gegen den revolutionären Vortrupp des Proletariats (gemeint ist immer die KPD.) überzugehen“.

In diesem überspannten und verheerenden Ton umfaßt der Aufruf eine ganze Seite und am Schluß heißt es dann:

„Die Reaktion spekuliert jetzt auf die Wiederholung des Kampfes unter den Arbeitern, der ihr erlauben soll, den eigenen Hals aus der Schlinge zu ziehen und diese um den Hals des gesamten Proletariats zu legen.“

Merken denn die Moskauer Strategen nicht, wie sie sich mit diesem Satz selbst abheben? Wer heßt denn die Arbeiter gegeneinander, wer reißt alles herunter, spaltet die Arbeiterbewegung, verdammt sie zur Ohnmacht, so daß die Reaktion ihre helle Freude daran hat, ganz abgesehen von der direkten Unterstützung der Deutschnationalen durch die Kommunisten bei den verschiedensten Abstimmungen im Reichstag und anderen Parlamenten? Die Kommunistische Internationale mag sich diese Frage erst einmal überlegen und uns mit den vielen, völlig wirkungslosen Aufrufen verschonen.

Bemerkenswert ist noch, daß der Aufruf das Datum trägt: Moskau, 8. Juli. Das ist derselbe Tag, an dem die Kommunisten in Berlin die Einheitsfront ablehnten, indem sie sich weigerten, den gemeinsamen Aufruf zu unterzeichnen. — In Moskau schreibt man einen Aufruf zur Einheitsfront — in Berlin sucht man sie zu füren. Und Kadel schreibt: Ihr habt recht gehandelt! Und das alles zusammen nennt man „klare revolutionäre Politik der Vorhut“!

Die Teuerung im Monat Juni.

Die besonders seit vorigen Herbst zu verzeichnende sprunghafte Aufwärtsbewegung der Preise hat sich im Monat Juni noch ungleich verschärft. Nach den Aufstellungen der „Frankfurter Zeitung“ sind die Großhandelspreise am 1. Juni durchschnittlich auf das 91,4fache gegenüber Friedenszeiten gestiegen. Am ungeheuerlichsten ist die Teuerung bei den Textil- und Lederwaren. Die Teuerung dieser Warengruppe ist im Vergleich zu Friedenszeiten eine 140fache, während Genuss- und Lebensmittel „nur“ 83mal so viel kosten als vor dem Kriege. In diesen Preisen kommt der in den letzten Wochen eingetretene rapide Marktwert natürlich noch nicht zum Ausdruck. Seine Folgen zeigen sich erst im Laufe des Monats Juli.

Deutschland verlangt Zahlungsausschub.

EP. Paris, 11. Juli. Das Gesuch um ein zweijähriges Moratorium ist gestern überreicht worden. In einer offiziellen Besprechung mit der Reparationskommission, die am Nachmittag stattfand, haben die deutschen Sachverständigen Dr. Schroeder und Fischer die Lage Deutschlands als verzweifelt bezeichnet. Deutschland sei wohl bereit, am kommenden Sonnabend die fälligen 50 Millionen Goldmark zu bezahlen, aber diese Zahlung würde die letzten Reserven aufheben und die Krise, daß die Regierung fortgesetzt würde, noch verschärfen. Ein solches langfristiges Moratorium und eine Auseinandersetzung aller interessierten Länder über das deutsche Problem sei unbedingt erforderlich, wenn Deutschland und damit Europa vor einem Zusammenbruch bewahrt werden solle.

Nach der Besprechung mit den deutschen Unterhändlern hatte Dubois, der Vorsitzende der Reparationskommission, eine längere Unterredung mit Poincaré, die am Abend stattfand. Es heißt, daß Poincaré nach wie vor am Buchstaben des Friedensvertrages festhalte und gegen jede Schwächung der Kompetenz des Obersten Rates sei. Es sei die Pflicht der französischen Regierung, falls das Garantiekomitee die Lage für gefährlich bezeichne, die Vorkonferenz einzuberufen und dazu die Finanzminister und finanziellen Sachverständigen einzuladen. Man glaubt aber, daß diese Konferenz nicht vor August stattfinden könne.

Explosion im Minendepot.

Hamburg, 11. Juli. Heute nachmittags um 1/3 Uhr hat sich im Minendepot Groden bei Lughaven eine gewaltige Explosion ereignet. Da infolge derselben alle Fernsprecheinrichtungen nach Lughaven gestört sind, sind Einzelheiten noch nicht in Erfahrung zu bringen. Gerüchelt wird, daß von dem Betriebe nur noch ein Schuppen steht. Eine ungeheure Feuersbrunst ist von weither zu beobachten.

Menschen mögen untergehen. Einzelschicksal ist wenig im Schicksal eines Volkes.

Endschicksal für jedes Volk aber ist es, seinen Kulturbesitz verkommen zu lassen.

Der freie Schriftsteller wird endgültige Bekämpfung im Volksg Grab finden.

Der Pariser Kampf gegen den Kokainhandel. 600 Beurteilungen wegen Handels mit Kokain und anderen verbotenen Mitteln sind in den letzten zwei Jahren von den Pariser Gerichten ausgesprochen worden. Aber der Handel hat keineswegs aufgehört, ja sogar noch zugenommen. Die Höchststrafe beläuft sich nämlich auf 2 Jahre Gefängnis, und die Polizei sieht auf dem Standpunkt, daß sich die Kokainhändler, die zum großen Teil aus Frauen bestehen, aber auch Ärzte und Apotheker unter sich zählen, durch solche kurzen Freiheitsstrafen nicht abschrecken lassen; es wird daher geplant, das Strafmaß beträchtlich zu verschärfen.

Die zu früh unterbrochene Coereff-Expedition. Der plötzliche Abbruch der Versuche, den Gipfel des Coereff zu erklimmen, hat unter den Mitgliedern der Expedition einen Streit entzündet, da einige der Fachleute den Befehl des Führers, General Bruce, für vorzeitig erklärt haben. Als Grund wurde nämlich angegeben, daß das frühe Einsetzen der Regenzeit die Eroberung des Berggipfels unmöglich mache. Die eingeborenen Träger erklären aber, daß die indische Regenzeit auf die höheren Gebiete des Himalajas überhaupt keinen klimatischen Einfluß ausübe. Was man für den gefährlichen Monsun hielt, soll nur ein vorübergehender Sturm gewesen sein, und wäre man nicht so plötzlich herabgestürzt, sondern hätte auf einer Höhe von 20 000 Fuß gewartet, so würde man Tage der größten Windstille und des herrlichsten Sonnenscheins erlebt haben, die den Endspurt auf den Gipfel verhältnismäßig leicht gemacht hätten.

Tagesnotizen.

Die Volkshäuser, Theater am Bülowplatz, wird in der Spielfest 1922/23 als erste Neubesetzung überholene Dirigent Ueber die Kraft“ (2. Teil) bringen. Regie Wolfgang Gommann Gommann. Es folgt die Aufführung des Holdeins Wonnemanns „Die Unse“, Regie: Friedrich Kautler; ferner Adens „Kontaktschichten“, Regie: Carlheinz Martin. Außerdem sind für den Winterplan vorgesehen: Schiller: „Demetrius“, Gelling: „Katharina von Medea“, Gell: „Der Schmied“, Koller: „Macht der Finsternis“, Zorn: „Gambel“ und „Wald“, Eigenmann: „Verg Götter und sein Welt“, Kautler: „Von der Wunderkammer“ und je ein Stück Gerhart Hauptmanns, Ringwunder, Götter und Götter.

Das Ende des freien Schriftstellers.

Es wird doch Wahrheit, was auch der Leichtgläubigste von uns niemals zu glauben vermochte und mit Vöckeln zurückwies: daß man als freier Schriftsteller nicht leben könne.

Uralte Warnung, die wir schon zu hören bekamen, als wir noch Kindheit und Frieden kannten. Und doch wagten wir's und — lebten. Lebten so ganz nebenbei von dem, was wir aus innerstem Willen niederschrieben. Weil wir niemals rechneten, wußten wir nicht, wie schlecht es eigentlich mit Erdenhabe um uns stand und glaubten fast, man könne als freier Schriftsteller leben. Ein Tag der Sorgenfreiheit ließ uns die vielen, vielen anderen vergessen. Und aus Armut und sonnariger Befähigung reifte uns Lebenswahrheit des Schaffens. Es gab einmal eine Bohème. Es gab Menschen, die noch im Stande Schönheit sahen und Schönheit sangen, wenn Härte des Lebens sie niederwarf.

Es gab sie einmal. Denn es galt einmal als berechtigte Lebensform, ein armer Dichter zu sein, und die Leute nahmen es gar nicht so übel.

Heute ist es anders geworden. Arme Dichter sind mehr da als je, aber der Zuschauerkreis ist verschmunden, dem tragisches Hartsein die liebe Mittelzeit der Dichternöte vertraute.

Bohème ward Spiel ohne Bühne und Gäste. Sie brach in sich selbst zusammen, als sie sich nicht mehr beachtet sah.

Es ist erschreckend ernst und nüchtern im Volke geworden, das keine Kategorien von Hungernden mehr unterscheidet. Wer zu höchst in der Gesellschaft stand oder ein Meister des Könnens war, gilt genau so viel wie der ärmste der Obdachlosen, wenn Menschenkraft in Zeitbedürfnis zerbrach. Auch das ist Demokratie. Amerikanismus. Der Amerikanismus, der in Kolonisierung neuerer Gebiete Entwicklung im Herkunftslande noch überboten zu wollen scheint.

Wäre es das allein — es bedeutete nicht das Ende des freien Schriftstellers. Nein, es führte ihn sogar auf Höhen, ungewohnte die neue Art des Schriftstellers, der vor keinem Untertanen in Wirklichkeit des Lebens zurückweicht, nicht mehr gehemmt durch gesellschaftliches Vorurteil, und durch Entwürden und Verkünden wahrer e a Lebens der Tüchtigste in heiß entbranntem Wortsinn zu werden trachtet. Amerikanismus der Presse wäre Erweiterung, Steigerung, Höchstentwicklung schriftstellerischer Leistungsfähigkeit.

Der freie Schriftsteller stirbt an anderem. Verwachsen mit der Presse, der die ganze Leidenschaft seines Blutes gehört, teilt er das Sterben seiner Presse. Er stirbt, wie vor ihm viele Zeitungen starben, die gleich ihm das verhängnisvolle Streben hatten. Menschen und Volk geistiges Gut schenken zu wollen. Er bleibt tapfer bis zuletzt, aber er wird sterben wie seine Presse, die nur das Wunder staatlicher Einsicht retten könnte.

Papierwucher ist schlimmer als Brotwucher. Mit dem Brot müßte Papier das sein, was der Staat aufs strengste zu überwachen und zu verteilen hätte. Ein Staat, der nur einen Teil seiner Presse zugrunde geben läßt, legt Art an die Wurzel seiner Gesundheit. Ein Staat vernichtet seine Kultur, wenn er seine geistigen Arbeiter zur Unmöglichkeit des Schaffens verurteilt.

Und davor stehen wir. Das Ende des freien Schriftstellers ist Gewißheit.

Arbeit von Tag und Nacht, unermüdbare Hingabe an Schönen und Gestalten vermögen ihn nicht mehr zu retten. Ihm ist das Abfahrgelb genommen. Enger und enger wird von Tag zu Tag die Bewertungsmöglichkeit. Gleich bis zum Zusammenbrechen ist Ringen gegen den Strom.

Er trägt Armut, Hunger, wüßte er, daß seine Arbeit zur Frucht werden könnte. Er wagt es, Monate nur dem künstlerischen Gestalten zu leben, alles andere vergebend, wüßte jede Freude entbehrend, könnte es nur aufstehen, was ihm Glück und Hoffnung des Formens war. Er weiß nur: er dichtet der Ruppe, dem Kasten, dem Speicher — und daran zerbricht Kraft des Schaffens, dem Tragkraft der Aussicht unentbehrlich ist, Geschaffenes Menschen mitteilen zu können.

Nicht an wirtschaftlicher Not scheitert der freie Schriftsteller. Die war ihm auch auf steinigsten Friedenswegen treue Gefährtin.

Er endet, weil ihm die Möglichkeiten des Werdens zerstört sind. Er gibt den Kampf auf, weil er selbst durch unerhörte Arbeitssteigerung nicht mehr sein Schicksal abwenden kann.

Er geht unbeachtet zugrunde. Sein Wirtschaftselend steht nicht im großen Kreise des Wirtschaftswallentkamps. Aber jeder Stoß, jede Erschütterung trifft auf ihn mit letzter Anprallverfärbung.

Zahnriegel der Presse vermag in wenigen Tagen manchen den Todesstoß versehen, die noch Mut und Unermüdblichkeit zu freier Mitarbeit besaßen. Gezwungen, mit Minuten zu rechnen, erstarrt er am Stillstand von Tagen. Sterben in Stille und Unbemerktheit. Ohne Nachruf. Und ohne daß vorher auch nur jemand auf den Gedanken kam, Möglichkeit seines Vorhandenseins anzunehmen.

Das Ende des freien Schriftstellers aber ist nicht Tragik von Einzelmenschen. Sein Untergehen ist Beginn verkündender Volkskultur.

So weit aber sind wir. Und vom Einsichtsmunder noch keine Spur. Es wäre Deutschlands dringlichste Kulturaufgabe, seine Presse zu retten.

Flößen dem Staate der Dichter und Denker Dividenden von Papierfabriken wirklich mehr Achtung ein als ein tapfer kämpfendes und fallendes Heer von Geistesarbeitern, die nur Kulturträger, nur Künstler sein wollen?

Reichstag.

Sitzung vom Dienstag, den 11. Juli 1922.

Die Sitzung wird 2 Uhr 15 Minuten durch den Präsidenten Rede eröffnet.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik.

Abg. Wissell (Soz.): Das Gesetz darf durch die Länder nicht sabotiert werden. Bayern und Preußen haben zur Verhinderung der Durchführung des Gesetzes schon ihre Anordnungen getroffen. Am 27. Juni ist im preussischen Justizministerium ein Erlaß vom preussischen Justizminister veröffentlicht, durch den die preussischen Staatsanwaltschaften ersucht werden, alle bei ihnen andäugigen Verfahren wegen Straftaten gegen die Republik sofort dem Oberreichsanwalt zu unterbreiten. (Hört, hört! links.) Die Staatsanwaltschaften werden also gezwungen, entgegen den Bestimmungen des Gesetzes ohne Verlangen des Oberreichsanwalts diesem die Akten zu übergeben. Eine ähnliche Verordnung hat ja auch Bayern erlassen. Die Verhältnisse vor dem Entstehen des Sozialistengesetzes sind nicht mit den jetzigen zu vergleichen. Das Gesetz von damals richtete sich gegen eine parteipolitische Auffassung. Das heutige Gesetz richtet sich gegen Mörder- und Komplottbände. Die Frage des Schutzes der Republik ist die wichtigste in der heutigen politischen Situation. Der Ausschuß hat die strafrechtlichen Bestimmungen, daß auch die Familie beim Wissen um eine von ihren Angehörigen begangene Mordtat diesen zur Anzeige bringen müssen, so geändert, daß jetzt die wissenden Eltern und Geschwister des Mörders eines Regierungsmitgliedes von der Anzeigepflicht ausgenommen sein sollen. Diese Ausschlußbestimmung muß aufgehoben werden.

Abg. Graef (Dnat.): Die gesetzgebenden Faktoren sollten durch den Theaterbesitzer der Sozialdemokraten eingeschüchtert und beeinflusst werden. Wir protestieren gegen diese überhöfete Art der Gesetzemacherei. Die Ausschüßberatung hat den Rückzug des Ministers Radbruch gebracht, der erst erklärte, daß das Gesetz sich nur gegen rechts richten soll und im Ausschuß darlegte, von einer einseitigen Anwendung des Gesetzes soll und kann nicht die Rede sein. (Entstimmung links.) Kollege Stampfer schrieb, als Friedrich Adler den Minister Stürab ermordet hatte, im „Vorwärts“: „Er hat sich von einer großen Idee leiten lassen, aber er war irrsinnig.“ Darin gebe ich dem Kollegen Stampfer recht, Friedrich Adler war irrsinnig und ist es noch, denn er ist noch heute Sozialdemokrat. (Stürmische Entzündung links.) Es ist unverantwortlich von dem Reichskanzler, daß er den Kampf des Scheidemanns: Der Feind steht rechts! aufgenommen hat. Wir wenden uns aufs energischste gegen die Demonstrationen der Arbeiter. Die Unruhen in Zwidau haben 15 Menschenleben gekostet. (Zurufe links: Lügner!) Sie sind nicht berechtigt, Gewalttaten zu verüben, die nur durch Ihre Heide entstanden sind. (Stürmische Zurufe: Das ist die deutsche Justiz! Das ist ein deutscher Richter! — Ordnungsrufe für sozialistische Abgeordnete. Der Präsident bittet den Redner, nicht in so hohem Maße zu provozieren, wie er es bis jetzt getan hat. Nur dadurch könne die Ruhe gemacht werden. — Lebhaftige Entzündung rechts. Die Deutschnationalen rufen dem Präsidenten zu: Freiheit, Unerschämtheit! — Minutenlanger Lärm.)

Justizminister Radbruch: Die Deutschnationalen Partei hat zwei Seelen in ihrer Brust: die eine heißt Düringer, die andere Graef. Von ihm haben wir eine ungeheuerlich provozierende Rede gehört. (Sehr wahr! links.) Die Partei gibt vor, einen Trennungsschritt zwischen sich und den völkischen Elementen gezogen zu haben. Er ist nur vorgetäuscht und nur sehr eng gezogen, solange innerhalb dieses Kreises noch Männer wie Wulle und Graef sitzen. Es ist bezeichnend, daß die Partei gerade ihn vor sich, der kurz vor der Ermordung Erzbergers im Mai 1921 jene ungeheure Verdächtigung gegen Erzberger von dieser Stelle aus sprach, daß es die Aufgabe des Strafverfahrens sein würde, festzustellen, ob von den Geldern, die Erzberger für kirchliche und politische Zwecke verwaltete, etwas an seinen Taschen hängen geblieben seien. (Wsurufe.)

Schöfflicher Minister Alpinetti: Der Abg. Graef hat in seiner Rede ausgeführt, daß in Zwidau 15 Personen getötet worden seien. Der Abg. Reitz (Zwidau) hat am Freitag hier schon richtiggestellt, daß nur zwei Personen getötet worden sind, was ich hiermit bestätige. Die Demonstration in Zwidau wäre vollkommen ruhig verlaufen, wenn nicht ein Arzt bei Schluß der Demonstration sich in seiner Erregung hätte hinreichend lassen, aus seinem Fenster zwei Schüsse abzugeben. (Hört! hört!) Wenn Abg. Graef wiederum von 15 Toten spricht, so tut er das wieder besseres Wissen. (Sehr wahr! links.)

Abg. Levi (UEB): Das deutsche Volk hat eine politische Schwäche. Es ist allzu sehr zur Milde, zur Nachsicht, zum Verzeihen geneigt. Das hat das deutsche Volk schon 1918 gezeigt. Von diesem Standpunkt aus können wir es nur beklagen, wenn wir Herrn Graef immer von neuem in aller Öffentlichkeit die Heuchelei, die Niedertracht, die Schamlosigkeit, die Verlogenheit deutschnationaler Mörderbanden hier aufzeigen. Das zeigt dem deutschen Volke, daß

Die Augen auf Rothenau nicht die letzten

roren und sind, die auf das deutsche Volk gerichtet werden. Die Deutschnationalen versuchen, sich mit dem Soh herauszugeben, daß das Gesetz eine Art Sozialistengesetz sei. Die Grundlage für das Sozialistengesetz waren angebliche Klientele, von denen niemals bewiesen werden konnte, daß die Täter auch nur die mindeste Verbindung mit irgendeiner sozialistischen Bewegung hatten. Dieses Gesetz hat keine Verantwortung nicht in einer, sondern in vielerfacher Mordtat. Und wir kloren öffentlich jetzt der deutschen und überdeutschen Welt die Deutschnationalen Partei, die deutschsozialistischen Kreise an, in weiterer größerer Verzweiflung mitschuldig zu sein des planmäßigen Mordes an deutschen Ministern. (Sehr wahr! links.) Der politische Mord ist so alt, wie es eine politische Verfassung von Menschen überhaupt gibt. Es gibt Situationen, wo neue und ungesunde Gedanken, wo eine Welt, die kommt und geht, sich gegen eine stehende Welt wenden muß, sich auch in politischem Mord äußert. Es gab jedoch niemals eine politische Richtung, die bemüht den politischen Mord als ihr Werkzeug in den Dienst ihres Willens gestellt hätte. Bewußt, bei den Ausschreitungen 1919 sind zwei, drei oder fünf Bürgerliche ums Leben gekommen. Für die vier oder fünf sind Dutzende, Hunderte, Tausende ins Grab gesunken. Sie sind blutig geföhnt. Wir haben sie als Unbekanntheiten genommen. Hier handelt es sich um fähle, kalt berechnende, in der Stube am grünen Tisch den Mord ausübende Mordgesellen. Hier handelt es sich nicht um den individuellen Terror, sondern um planmäßige Beseitigung der Leute, in deren Hände die deutsche Republik ihre Geschichte gelegt hat.

Hier ist die große Staatsverchwörung, die mit den „geistigen“ Waffen des Meles, weil sie andere nicht hat, ein ganzes Volk ins Chaos versetzt wird. (Sehr wahr! links.) Von diesen Gesichtspunkten aus sind wir an dieses Gesetz herangegangen. Wir haben uns bemüht, die Grenzen des Gesetzes so eng wie möglich zu ziehen. Wir wollten den politischen Mordbegriff lassen und die Täter der Atmosphäre, ohne die dieser nicht existieren kann. Wir haben in der Kommission Anträge gestellt, die vermeiden sollten, daß irgendeine geistige Bewegung, wenn sie nur Geist hat und nicht nur Mele, beschränkt werden. Die Deutschnationalen haben diese Anträge niedergestimmt. (Hört, hört!) Wir können nicht zugeben, daß die Handhabung dieses Gesetzes dem deutschen Reichsgericht in die Hand gegeben wird. Wenn wir sagen sollen, was wir an dem Reichsgericht auszufehen haben, so ist es alles das, was es nicht getan hat. Wäre es nach dem Kopp-Putsch gegen General Ludendorff so vorgegangen, wie es gegen jeden anderen Staatsbürger vorgegangen ist, so hätte Ludendorff in die Mörderzentrale in München nicht verfrachtet sein können. Wir werden alle die Täden, die in den Urquell alles deutschen Leides stecken,

die zu Ludendorff, zu Escherich und zu Herat hinführen, mit aller Sorgfalt im Auge halten. Wir verlangen nicht, daß Leute gehängt werden. Wir verlangen, daß das Gesetz mit aller Schärfe und aller Unnachlässigkeit angewendet wird gegen die, die die alte verjunctene Staatsform von neuem herbeiführen wollen. Deshalb ist für uns von ausschlaggebender Bedeutung das Verhältnis, in dem die Laien, unerschütterliche Republikaner, im Gerichtshof vertreten sind. Lieber die Schaffung des Staatsgerichtshofes kann ernstlich die bayerische Regierung nicht beschweren führen. Von der gegenwärtigen bayerischen Regierung, ausgenommen die Kahr-Regierung, kann man nicht ohne weiteres sagen, daß sie die Kräfte, die jetzt in Bayern mächtig geworden sind, selbst geschöpft habe. Aber sie hat lange, allzu lange sich nicht gegen die Kräfte gewandt, denen sie jetzt selbst zu unterliegen droht.

Sie hat die Etchardbrigade in ihren schützenden Arm genommen, sie hat die Organisation C groß werden lassen, sie hat sich mit ihrem Paragrafenwall vor Polizeikräfte gestellt, die von außen nach Bayern kamen und das Rest des Giftes dort ausheben wollten. Es gibt auch in Bayern ehrliche Leute, die keine papiernen Wände wünschen zwischen den Wärdern und denen, die den Mord verüben. Wir bauen auf die, die zur Eitlichkeit, zur Menschlichkeit und in diesem Fall zum Reich stehen und wir werden diese Elemente in keiner Stunde im Stich lassen. (Bravo! bei den US.) Hier rächt sich auch eine von Bayern seit langem begangene Sünde. Sie hat lange versucht, die eigene Note auch in der auswärtigen Politik zu pflegen, in innerpolitischen Dingen. In der deutschen Republik ist es unmöglich, daß ein Bundesstaat mit dem Gedanken auch nur spielt. Dagegen muß sich das Reich wehren.

Wir wenden uns gegen die Wärdung und Streichung der Bestimmungen über die früher regierenden Häuser. Ich bedauere, daß der Kanzler nicht in seiner Eigenschaft als Außenminister hier das Wort genommen hat, denn das Gesetz berührt mindestens ebensosehr die auswärtige Politik wie die innere Politik. Die Frage, inwieweit die deutsche Republik es versteht, mit den Kräften von gestern und vorgestern aufzudäumen, ist eine Frage ihres internationalen Prestiges. Es ist kein Zufall, daß der Dollar den Aufstieg von 300 auf 500 genommen hat.

Mit der Frage, wie wir die Reaktion niederhalten, entscheidet sich das auswärtige Gesicht der deutschen Republik vielleicht für Jahre und Jahrzehnte.

Eine endgültige Garantie dafür, daß die Hohenzollern nie und nimmer wiederkommen, wäre der Aufstieg der Mark um viele Prozente und die Errettung von Milliarden deutscher Arbeiterlinder vor dem Hunger. Die Regierung aber schwankt und zaudert. Eine Regierung, die in diesen schweren Zeiten nicht die Kraft zum Wehten findet, gefährdet ihren Kredit nach außen. Wir weisen wieder darauf hin, daß in diesen Tagen und Wochen größere Volksmengen sich erhoben haben, als selbst in der Revolution. Wenn die Regierung das Gebot nicht erkennt: die Volksmassen fühlen instinktiv, daß hier über ihr Gesicht entschieden wird. Wir können zu dem Gesetz eine endgültige Stellung nicht einnehmen, sie hängt ab von dem, was in den anderen Gesetzesvorlagen zum Schutz der Republik geschieht. Wir werden mitarbeiten, um die Forderungen durchzuführen, die nicht wir, sondern jene großen Massen erheben. Wir werden versuchen, daß Sie hören, und wenn Sie nicht hören werden, so werden wir unser Möglichstes tun, dahin zu wirken, daß die Millionen selber sprechen und ihren Ruf werden Sie hören, millionenfach ausgenommen, den Ruf des Reichskanzlers: Der Feind steht rechts! (Sehr, Bravo! bei den US.)

Abg. Bell (Zr.): Die heutigen Ausführungen des deutschnationalen Redners waren so provokatorisch, daß sie wohl geeignet sind, neue Katastrophen in unserem deutschen Volke hervorzurufen.

Abg. Kahl (D. Sp.): Das Gerede, daß 400 Morde von rechts begangen sind, ist töricht. (Widerspruch links.) Von uns ist niemals ein Schmähwort gegen die schwarz-rot-goldenen Farben gefallen. (Widerspruch links.) Der Redner provoziert die Linke durch dauernde persönlich gerichtete Angriffe. Als die Unruhe steigt, fordert er, daß der Vizepräsident Dittmann ihm Ruhe verschafft. Als dieser ihn auffordert, seine Provokationen nach links zu unterlassen, denn nur so könne er ihm Ruhe verschaffen, ruft die Rechte dem Vizepräsidenten zu: Unerbört! Unererschämtheit! Wir fordern die Umbenennung des Gesetzes zum Schutze der Verfassung.

Abg. Schädling (Dem.): Die Demokratie hat den Gedanken des angeborenen Rechts auf Freiheit eines jeden Individuums erst aufgebracht. Diese individuelle Freiheit muß jedoch zu einem Teil im Interesse des großen Ganzen geopfert werden.

Abg. Emminger (B. Sp.): Kein vernünftiger Mensch in Bayern denkt jetzt daran, die Monarchie wieder aufzurichten. Auch wir wollen einen besseren Schutz der Regierungsmitglieder, können aber diesem Gesetz unsere Zustimmung nicht geben, da es tief in die staatsbürgerlichen Rechte der Bevölkerung angreift. (Widerspruch bei der Mehrheit.)

Reichskanzler Dr. Wirth: Das Gesetz muß sofort verabschiedet werden. Emminger hat in seiner Rede für meine Forderung selbst die beste Begründung gegeben. Er hat im Hinweis auf den Fall Arco einen sehr verhängnisvollen Satz gesprochen: „Solche Fälle werden Sie jetzt öfter vor dem Staatsgerichtshof haben“. Wollen Sie damit sagen, daß wir

in absehbarer Zeit mit einer Häufung von politischen Morden zu rechnen haben?

Die Area der politischen Morde wäre das Ende unseres Vaterlandes. (Zuruf von rechts: Hätten Sie doch geschwiegen!) — Sie haben vielleicht zu lange geschwiegen und nichts getan zur Entgiftung der Atmosphäre. Die Pflicht aller Staatsbürger ist es, sich jetzt hinter die Regierung zu stellen. Es liegt erst wenige Jahre zurück, wo Leute von der Rechten ihre Mitbürger beschwoeren haben, sie einer, sogar nicht verfassungsmäßigen Regierung dienen zu lassen. In einem sehr interessanten Brief aus der Zeit der Revolution vom 13. November 1918 erklärt der „Bund der Kaffertreuen“ dem Reichskanzler Ebert seine unbedingte Unterstützung der Regierung. Wo sich die Arbeiter- und Soldatenräte gebildet haben und noch bilden werden, wird er diese Regierung unterstützen. Widerstand wäre eine unverzeihliche Torheit.“ Der Brief ist unterzeichnet vom Grafen des Schlieben. (Große Heiterkeit bei der Mehrheit des Hauses.) Das Gesetz darf nicht zu spät kommen. Die elementare Volksmeinung in München ist nur gekommen, weil die dortige Regierung am 9. November ihre Augen fest verschlossen hatte. (Sehr wahr! links.) Die deutsche Republik ist nicht lebensfähig, wenn sie durch eine ungeordnete Gewalt geschöpft werden muß. Deshalb muß der Staatsgerichtshof schleunigst in Kraft treten. Es ist nicht gerichtlich, wenn der Abg. Emminger diesen Gerichtshof als Revolutionstribunal bezeichnet.

Aus den angesehensten Blättern der bayerischen Volkspartei klingt uns eine Versicherung des Kampfes gegen Berlin entgegen. Das ist für uns unerträglich. (Sehr wahr! links.) Emminger hat gesagt, durch dieses Gesetz könne eine schwere geschichtliche Entwicklung herbeigeführt werden. Wer immer mit geschichtlichen Veränderungen droht, der verdingt sich an dem Reiche. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Das wird auf die Dauer ein unerträglicher Zustand. In diesem Gesetz steht nichts davon, daß man die früheren Landesherren aus ihrer bayerischen Heimat verreiben will. Der „Regensburger Anzeiger“ hat keine Berechtigung, zu schreiben, daß der Bayer, der seine Hand zur Vertreibung seines angestammten Herrscherhauses bietet, erst geboren werden müsse. All die Gleichmäherei, die über die bunte Mannigfaltigkeit unseres deutschen Vaterlandes einfach hinweggehen will, ist fahlos. Wenn uns aber in jedem Atemzug von Bayern gesagt wird, bis herher und nicht weiter, wenn dem bayerischen Volk immer die Frage gestellt wird: Wollt ihr am Reiche festhalten oder nicht,

dann darf sich Bayern nicht wundern, wenn ihm die Gegenfrage gestellt wird. Es ist unmöglich, Reichspolitik zu führen, wenn, wie es in Bayern geschieht, die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten als Reichsünde bezeichnet wird. Die Wiederaufrichtung unseres deutschen Volkes ist das Werk der Zusammenarbeit aller seiner Schichten. Wenn Sie (nach rechts) aber nicht den Mut haben, Leute, die den Regierungsmitgliedern die Ehre abschneiden, abzuschütteln, dann ist das eine politische Unmöglichkeit. (Zuruf rechts: Sie werden der nächste sein, den wir abschütteln.) Mich abzuschütteln, überlassen Sie bitte meiner Fraktion. Eins aber sage ich Ihnen, wenn ich solche Ausschüsse geschieden hätte, wie es Mitglieder der deutschnationalen Fraktion in den „Konservativen Monatsheften“ getan haben, dann könnte ich keinen Tag mehr in meiner Fraktion sein. (Sehr wahr! beim Zentrum.) Die größte Veruhigung für das deutsche Volk wird sein, wenn es uns gelingt, mit Bayern zusammen den Schutz der Republik zu verwirklichen. (Beifall bei der Mehrheit. Kratischen auch auf den Tribünen.)

Justizminister Radbruch: Hätten wir einen großen Ausnahmezustand verhängt, dann wäre es wohl, wie nach dem Erzberger-Mord, in der Presse für einige Zeit still geworden. Wir wären dann gezwungen worden, diesen Belagerungszustand wieder aufzuheben, wozu wir nach Artikel 48 die Pflicht hätten. Unter der Erde aber wäre weiter gearbeitet worden, Briefe wären gewechselt, wie einer von ihnen uns in die Hand gefallen ist, der die Deutschen nur in Brüder und Feinde einteilt (Hört, hört! links): „Auf Abruf des Bruders Nr. Soundso wird der Feind Nr. Soundso durch Infektion getötet. Bruder Soundso hat Feind Soundso heute unschädlich gemacht.“ (Empörung links.) Nach Aufhebung des Belagerungszustandes hätten Leute in der Rechtspresse, wie Wulle und Henning, wieder geschrieben und

dann wäre ein neues Attentat gesommen.

Jetzt hätten wir dann eine neue Ausnahmeverordnung schaffen können, von rechts aber wäre gesagt worden: Lächerlich, Militärspitze, Gummiball. Und so wäre es weiter gegangen bis zur nächsten Mordtat. Deshalb brauchen wir das Gesetz und seine schleunige Verabschiedung.

Nach einer Rede des Abg. Herzfeld (Komm.) und persönlichen Bemerkungen des Abg. Emminger verläßt sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr. — Tagesordnung: Sozialversicherung, Gesetz zum Schutz der Republik, Arbeitsnachweisgesetz.

Schluß 1/10 Uhr.

Kleine Politik.

Deutschlands Waffenablieferungen. Der Finanzsekretär im britischen Kriegsministerium, Oberst Stanton, erklärte gestern im Unterhause, daß Deutschland seit dem Waffenstillstand 33 484 Geschütze, 87 377 Maschinengewehre, 4 362 939 Gewehre, 14 731 Flugzeuge bis heute an die Entente abgeliefert habe. Davon sind 33 410 Geschütze, 87 351 Maschinengewehre, 4 360 350 Gewehre und 14 280 Flugzeuge zerstört worden.

Starker Rückgang der englischen Kohleneinfuhr in der zweiten Junihälfte. Im Hamburger Hafen sind laut Fachblatt „Industrie-Kurier“ nach vorläufiger Schätzung in der Zeit vom 16. bis 30. Juni auf 102 Schiffen nur 209 115,11/20 Tonnen englischer Kohle eingetroffen.

Vom Hamburger Hafenerkehr. Im Monat Juni sind im Hamburger Hafen angekommen: 1002 Seeschiffe mit 1 286 942 Netto-registertonnen. (Im Jahre 1913: 1262 mit 1 215 486.) Abgegangen: 1314 Schiffe mit 1 255 894 Netto-registertonnen (1913: 1417 mit 1 214 140).

Der irische Bürgerkrieg. Nach einer Meldung aus Belfast haben irische Irreguläre die Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt, wodurch die Bahnverbindung Belfast-Dublin unterbrochen worden ist.

Zum Sport nur Bären-Stiefel
Der Stiefel für schwere Beanspruchung.
Hochschlittige Schnürstiefel bis zum Knie, wasserdichte laststiefel, bergtauglich, Tourenstiefel, Halberichschuhe in höchster Vollendung. Korksohlen in Korkstiel (Korksohle), Ober- und Unterleder, Leder, Carlsbad-Portulak und andere Stoffe. Erkennlich durch Reklameschilde „Bärenstiefel“. Evtl. fordern Sie illustrierten Katalog direkt von Hans Hübner, Berlin, Spezialhaus für Sportstiefel. Einzelverkauf auf Spittelmarkt 4-7. (vor der Brücke). Tages / Export / Lager.

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kottbuser Tor
10 billige Tage vom 1.-12. Juli in Herren-, Jünger- u. Knabenkleidung
nur einmal im Jahre

Jeder Parteigenosse muß es sich zur Pflicht machen, einen Abonnenten zu gewinnen!

„Freiheit“
Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokratischen Deutschlands mit dem Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Brennender“ u. „Jugend-Gewalt“ zum Preise von 30 Pf. monatlich, 30 Pf. halbjährlich, bei freier Zustellung ins Haus.
Name: _____
Ort: _____
Zustellung: _____
An die Redaktion: _____
Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom _____

Heute Zahlabend in allen Bezirken.

Theater, Lichtspiele usw.

Volkshäuser Berliner Th. Theater a. Bülowpl. 7 1/2 Uhr

Neues Volkstheater Heuchler 7 1/2 Uhr

Staatstheater Neues Operett-Theater 8 Uhr

Die beiden Nachtigallen

Deutsch. Theat. Potasch und Perlmutter

Kammerspiele Der Raub d. Sabrierinnen

Gr. Schauspielh. Die Maschinensieger

Komödienhaus Gretchen

Th. a. Kallendampfl. Verleichte Leute

ULAP UNIVERSUM-LANDES-AUSSTELLUNGS-PARK AM LEHRTER BAHNHOF

EINTRITT HEUTE ELITETAG mit großem expressionistischem Tableau - Feuerwerk & Orchester

im vollen Betriebe!

Theater des Ostens (Rose-Theater)

Walhalla-Theater Er und seine Schwester

Altmetalle Eisen, Kupfer, Zink

Metropol-Variété Behrenstr. 34

Carl Solesko und Solesko Variété-Schlager

Metropol-Variété Behrenstr. 34

Metall-Osten Kupfer, Messing, Zink usw.

Tüchtige branchenkundige Verkäuferinnen für Kleiderstoffe, Damenkonfektion, Leinen- und Baumwollwaren

Zahngebisse! Platin-, Gold-, Silbersach., Quecksilber, Stannioipapier

Zahntechnik! Platin-, Gold-, Silber-, Quecksilber, Stannioipapier

Zahntechnik! Platin-, Gold-, Silber-, Quecksilber, Stannioipapier

Tüchtige Kassiererinnen

sofort gesucht.

Meldungen: 1-2 Uhr mittags 5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co. Belle-Alliance-Str. 1/2.

Vorzügliche Küche, wohlgepflegte Biere bei Musik u. Gesang

Heim d. Berliner Arbeiterschaft „Gewerkschaftshaus“ Engel-Ufer 25

Trünouga Konfitüren Kur an Grossen! Eckardt & Henschel

Garant. kein Preisausschlag! Anzug Selbstzahlung

Meine Herren! Einen wirklich guten Anzug

Schlechtsitz Korsette werden nach jed. Figur, passend unter Garantie

Korsettfabrik Rich. Necke

Garderobe auf bequemste Teilzahlung Herren - Damen - Anzüge

Spezial-Arzt Dr. Heisterkamp, Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleid.

Geschlechtskranke Spezial-Arzt Dr. med. C. Mannmann

Fahrraddecken Luftschläuche

KleinStadt-Gasthof

Altmetalle Eisen, Kupfer, Zink, Blei usw.

Boienfrauen bei hohen Löhnen verlangt Expedition Wutzky, Choriner Str. 68

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83/85

Achtung! Metallarbeiter. Achtung! Vertrauensmänner - Konf. n3.

Achtung! Bauhilfswerk-Lehrlinge. Freitag, den 14. Juli, abends 7 Uhr

Achtung! Vertrauensleute und Funktionäre. Sämtliche Zettelmarken sind umgehend abzurechnen

Achtung! Urabstimmung Achtung! Kolleginnen und Kollegen!

Die Urabstimmung zur Wahl des Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Berlin findet am

Sonntag, den 15. Juli, nachm. 1-5 Uhr, Sonntag, den 16. Juli, vorm. 10-1 Uhr

Montag, den 17. Juli, nachm. von 2-7 Uhr

in nachstehenden Lokalen statt:

- Nordost: 1. Hof, Markstraße 11. 2. Doreben, Wilhelmstr. 10. 3. Hupps, Hallesche Str. 10. 4. Hupps, Hallesche Str. 10. 5. Hupps, Hallesche Str. 10.

- Osten: 1. Hupps, Hallesche Str. 10. 2. Hupps, Hallesche Str. 10. 3. Hupps, Hallesche Str. 10.

- Südosten: 1. Hupps, Hallesche Str. 10. 2. Hupps, Hallesche Str. 10. 3. Hupps, Hallesche Str. 10.

- Süd: 1. Hupps, Hallesche Str. 10. 2. Hupps, Hallesche Str. 10. 3. Hupps, Hallesche Str. 10.

- Südwest: 1. Hupps, Hallesche Str. 10. 2. Hupps, Hallesche Str. 10. 3. Hupps, Hallesche Str. 10.

- West: 1. Hupps, Hallesche Str. 10. 2. Hupps, Hallesche Str. 10. 3. Hupps, Hallesche Str. 10.

- Nordwest: 1. Hupps, Hallesche Str. 10. 2. Hupps, Hallesche Str. 10. 3. Hupps, Hallesche Str. 10.

- Adlershof: 1. Hupps, Hallesche Str. 10. 2. Hupps, Hallesche Str. 10. 3. Hupps, Hallesche Str. 10.

- Charlottenburg: 1. Hupps, Hallesche Str. 10. 2. Hupps, Hallesche Str. 10. 3. Hupps, Hallesche Str. 10.

- Cöpenick: 1. Hupps, Hallesche Str. 10. 2. Hupps, Hallesche Str. 10. 3. Hupps, Hallesche Str. 10.

- Friedrichshagen: 1. Hupps, Hallesche Str. 10. 2. Hupps, Hallesche Str. 10. 3. Hupps, Hallesche Str. 10.

- Hohenschönhausen: 1. Hupps, Hallesche Str. 10. 2. Hupps, Hallesche Str. 10. 3. Hupps, Hallesche Str. 10.

Die Kolleginnen und Kollegen sind verpflichtet, sich an der Abstimmung zu beteiligen.

LUSTSPIEL-WOCHEN! Ab heute CHAPLIN IM FILM ALS GAST IM UFA-PALAST

Tüchtige Kassiererinnen sofort gesucht. A. Jandorf & Co. Brunnenstr. 19 21.

Kleine Anzeigen Das oberste Wort ist... jedes weitere Wort im Text 1.50 Pf.

Verkäufe Gardinen Sonderangebot! Ausser allen anderen

Wohlfühlhaus Möbel, Badstr. 34, nach billige Gelegenheitskäufe

Kaufgefuche Nähmaschinen, sämtliche Nähmaschinen

Wohlfühlhaus Möbel, Badstr. 34, nach billige Gelegenheitskäufe

Umszingelung der Rathenau-Mörder.

Die Gegend von Gardelegen ihr Schlupfwinkel.

Die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums teilt der „Dena“ mit:

Den beiden flüchtigen Mördern des Ministers Rathenau, dem Ingenieur Hermann Fischer und dem Oberleutnant J. See a. D. Erwin Kern ist die Berliner politische Polizei auf der Spur. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die beiden flüchtigen Täter sich vom 4. bis 6. Juli zu Wismar in Mecklenburg, am 7. Juli in Neu-Kalles und am 8. Juli in Lenz in a. d. Elbe aufgehalten haben. Als sie im letzten genannten Orte von der Polizei erkannt wurden, schüchelten sie über die Elbe auf hannoversches Gebiet in den Kreis Lüchow hinein. Ein starkes Aufgebot von Berliner Beamten der Abteilung Ia mit Kraftwagen und Polizeihunden, die auf die Spur der Täter gehen wurden, stellte fest, daß die Täter nach Süden, nämlich nach Carlswald-Forsythaus, Wismar-Abendsee-Paddebusch — allgemeine Richtung Gardelegen geschickt sind.

Am Sonntag früh gegen 3 Uhr waren die flüchtigen in Paddebusch. In der Nacht vom Sonntag zum Montag haben sie bei Jemendorf, Nähe Abendsee, eine Generalstabkarte verloren, die von Berliner Polizeibeamten gefunden wurde. Infolge Verlustes ihrer Karte waren sich die flüchtigen über den einzuschlagenden Weg nicht im klaren, infolgedessen befragten sie Landbewohner über den Weg nach Gardelegen.

Es ist damit zu rechnen, daß die Täter nach Süddeutschland zu flüchtigen beabsichtigen. Sie sind ohne genügende Mittel und erscheinend entkräftet. Sie haben sich bei Bauern und Forsthäusern Brot erbeten. Wahrscheinlich halten sie sich am Tage verborgen und bewegen sich nur des Nachts vorwärts. Sie haben Fahrräder bei sich.

Beschreibung der flüchtigen: Fischer: 1,78 Meter groß, braun gebrannt, eingefallenes Gesicht, blaues Jackett, graue Militärhose, Wadenstrümpfe, schwarze Schuhe, grauer weicher Filzhut. Auf dem Fahrrad aufgeschnallt ein Rucksack und ein Mantel. Kern: grauer Anzug, wie aus Militärstoff, aber gemustert (Pfeffer und Salz), Anklehose, graue Wadengamaschen, schwarze Schuhe, ebenfalls aufgeschnallten Rucksack und Mantel.

Beide haben sich in Lenz neue Sachen gekauft, mit denen sie ihre Kleidung verändern können: nämlich zwei hochgeschlossene, grüne Sommerjoppen, grünes Sporthemd mit passenden Umlegekragen, hellblaues Leinenporthemd, weiße, weiße Umlegekragen, braungrüne bzw. graugrüne Sportmützen. Sie haben weiße Hute bei sich.

Polizei-, Eisenbahn- und Forstbehörden sind von der Berliner politischen Polizei bereits seit Tagen über die Sachlage unterrichtet. Alle eventuellen amüslichen Fahndungsmaßnahmen sind im Gange. Die weitestgehende Mithilfe wird ausgerufen, die Behörden bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Arbeiter, Landleute, Eisenbahner und Forstbeamte werden unter erneutem Hinweis auf die ausgeschickte Millionbelohnung dringend gebeten, auf die flüchtigen zu achten und alle Wahrnehmungen sofort der nächsten Polizei mitzuteilen.

Außer der bereits ausgeschobten Summe von 1 Million Mark hat die Reichsregierung noch einen weiteren Betrag von 1 Million Mark ausgesetzt, und zwar lediglich für die Personen, die Fischer und Kern ergreifen oder zur Ergreifung und demnächstigen Ablieferung an deutsche Behörden beitragen. Der hauptsächlichste Punkt des nach answärts entsandten Berliner Polizeikommandos, das unter Leitung mehrerer Kriminalkommissare steht, befindet sich jetzt in Gardelegen (auf dem Landratsamt durch Fernsprecher Nr. 64 zu erreichen).

Auf Wunsch der Reichsregierung soll diese Bekanntmachung überall öffentlich angebracht werden.

Weiter erzählt die „Dena“ noch folgende Einzelheiten: Der Leiter der politischen Polizei, Oberregierungsrat Dr. Weich, hat sich mit dem Stab seiner Beamten in zwei Automobilen, wozu das eine das dem Fabrikanten Küchenmeister gehörige Mörderauto ist, nach Gardelegen begeben, um persönlich die Fahndungsaktion zu leiten. Berner ist gestern nachmittag ein größeres Detachement Schutzpolizisten nach Gardelegen abgegangen, um dort an Ort und Stelle

alle Straßen und Zugänge abzuriegeln und so die Mörder einzufesseln. Weiter haben sich hierbei bedauerliche Verzögerungen durch das eigenartige Verhalten des Berliner Eisenbahndirektionspräsidenten ergeben. Der Waggon mit den Schutzpolizisten sollte auf Wunsch der Polizei schnellster Beförderung halber dem Pariser Expreszug angehängt werden. Dies hat Präsident Wulff abgelehnt (Wulffs reaktionäre Gesinnung ist bekannt. Red. der „Freiheit“), so daß man gezwungen war, den Waggon mit den Schutzpolizisten einem Personenzug anzuhängen, wodurch natürlich viel kostbare Zeit verloren geht. Der Berliner Polizeipräsident hat dem nach Gardelegen entsandten Polizeikommando ein Flugblatt an die dortige Bevölkerung mitgegeben, das unter Hinweis auf die nunmehr auf zwei Millionen Mark erhöhte Belohnung die Bevölkerung zu eifriger Mitwirkung an der Ergreifung der Mörder aufruft.

Wie die Mörder in Lenz entkamen.

DK. Gardelegen, 11. Juli.

Nach den bisherigen Ermittlungen der in Gardelegen eingerichteten Fahndungszentrale haben Fischer und Kern am 8. Juli in Lenz bei einem Manne um ein Obdach für die Nacht nachgesucht. Dieser nahm sie indessen nicht auf, sondern schickte sie nach dem „Gasthof zur Sonne“. Inzwischen war aber, noch bevor Beamte der Berliner Polizei eintrafen, die Lenzener Ortspolizei auf die beiden aufmerksam geworden und begab sich in Begleitung des Mannes, bei dem die beiden vorgeschlagen hatten, nach dem Gasthof. Dort sahen Fischer und Kern im Gastzimmer und warteten gerade auf bestellte Speisen. Als sie den Mann mit einem Polizeibeamten herannahen sahen, ergriffen sie sofort die Flucht, eilten an die Elbe und ließen sich mit der Fähre übersetzen. Sobald die Polizeibeamten im Gasthof merkten, daß die gesuchten Personen verschwunden waren, ließen auch sie schleunigst zur Elbe und konnten gerade noch bemerken, wie die übergesetzten beiden Männer auf dem anderen Ufer in einer Waldung des Kreises Lüchow verschwanden. Unmittelbar darauf traf das Berliner Fahndungskommando ein, nahm sofort die Spur der flüchtigen auf und umfesselte das ganze in Frage kommende Gebiet. Alle Landratsämter, Polizeiverwaltungen und Ortsbehörden der näheren und weiteren Umgebung erhielten sofort eingehende Benachrichtigungen und Anweisung. Es erscheint ziemlich ausgeschlossen, daß die Mörder dem Kesselstreifen sich entziehen können, schon jetzt ist der Ring so dicht um sie geschlossen, daß man vielleicht schon heute ihre Verhaftung erwarten darf.

Vier Verhaftete freigelassen.

Zur Untersuchung des Mordes an Rathenau wird mitgeteilt, daß dem Untersuchungsrichter bisher folgende Personen vorgeführt wurden: Heinz Hauenstein, 23 Jahre alt, Kurt Steinbeck, ebenso alt, Christian Jiffemann, 21 Jahre alt, Erich Bode, 27 Jahre alt, Ernst Berner Lechow, 21 Jahre alt, Fritz Küchenmeister, 35 Jahre alt, Franz Diestel, 39 Jahre alt, Heinz Gerhardt Lechow, 17 Jahre alt, Wilhelm Günther, 27 Jahre alt, Schüler Heinz Stubenrauch, Richard Schütt, 37 Jahre alt, Werner Böh, 30 Jahre alt, Manfred von Kisinger, Waldemar von Haugwitz, Wilhelm Ehrentraut und Richard Heinze.

Kisinger, Haugwitz, Ehrentraut und Heinze wurden vom Untersuchungsrichter wieder auf freien Fuß gesetzt. Sie sind oder waren zwar Mitglieder des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes und der Organisation C, wolle aber von dem Anschlag auf Rathenau nichts gewußt haben. Eine Beteiligung ist ihnen nach der Ansicht des Untersuchungsrichters auch nicht nachgewiesen. Die übrigen haben mehr oder weniger vorher von dem Attentat gewußt oder sind durch irgendwelche Hilfeleistungen vor oder während der Tat daran beteiligt.

Wismar, 11. Juli. Im Zusammenhang mit der Verfolgung der Mörder Rathenaus wurden hier zwei junge Leute verhaftet.

„Die Vernehmungen ergebnislos.“

Wie die „Bayerische Staatszeitung“, das offizielle Organ der bayerischen Regierung meldet, sind im Zusammenhang

mit der Verfolgung der Organisation C neun Personen in München gefügt worden. Gefunden hat man sie natürlich nicht, was niemand weiter wundernehmen wird. Nach der Behauptung der „Bayer. Staatsztg.“ sollen fünf der Gefügten seit längerer Zeit überhaupt nicht mehr in Bayern wohnen, eine sechste Person ist angeblich flüchtig. Nur drei Studenten wurden wegen Zugehörigkeit zur Organisation C festgenommen. Aber bei den Hausdurchsuchungen fand man kein belastendes Material, so daß, was in Bayern ebenfalls natürlich ist, die Freilassung der drei Studenten bevorsteht. Zahlreiche Personen, darunter General Ludendorff, wurden vernommen, doch verliefen die Vernehmungen ergebnislos.

Hätte die bayerische Polizei und namentlich die Münchener die Untersuchung gegen die Rathenau-Mörder zu führen gehabt, so wären, dessen sind wir gewiß, die Täter bis heute noch nicht bekannt, noch viel weniger zum Teil abgefaßt.

Killingen dem Staatsgericht überwiesen.

Wie die PPR. erfahren, ist der frühere Kapitänleutnant von Killingen, der vom Berliner Polizeipräsidium wegen Verdacht der Teilnahme am Rathenau-Mord verhaftet worden war, dem Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshof überwiesen worden. Damit geht der Fall Killingen aus dem Bereich des preussischen Justizministers über in den des Reichsjustizministeriums.

Neue Waffenfunde.

In der letzten Zeit häufen sich wieder die Waffenfunde. Die Verfolgung der Mörder und die gesteigerte Tätigkeit der Polizei, insbesondere in Sachsen, hat in den letzten Wochen wiederholt auf geheime Waffenspeicher gelenkt. Ein Riesensund ist aber, wie dem „Vorwärts“ aus Kiel gemeldet wird, in dem dortigen Marinearsenal durch eine Entente-Kommission gemacht worden. In Kisten verpackt fand man 165 leichte und 38 schwere Maschinengewehre, 42 Maschinengewehre allerneuesten Systems und 18 Stangenfernrohre. Natürlich wollten die verantwortlichen Leiter des Arsenal von diesem Waffenschatz nichts wissen.

Daß dieser Fund nicht ohne weitere Folgen bleiben wird, liegt auf der Hand. Wiederholt hatten Vertreter der Regierung und auch der Reichskanzler Wirth selbst von der Tribüne des Reichstages erklärt, daß nennenswerte Waffenschatze nicht mehr verborgen gehalten werden, und nun entdeckt man in einem amüslichen Wert ein solches Waffenschatz! Zunächst dürfte dieser Betrieb, in dem heute 800 Arbeiter und 200 Angestellte beschäftigt sind, auf Verlangen der Entente geschlossen werden müssen. Die verhängnisvollere Folge scheint für uns darin zu bestehen, daß die Resonanzschärfe, in welcher insbesondere die französische Bevölkerung von den Chauvinisten gehalten wird, neue Nahrung erhält und daß die Entente die Beibehaltung der vielen kostspieligen Kommissionen weiter als unmöglich erachtet.

Nicht genug damit, hat man auch in Magdeburg bei einem Angehörigen rechtsstehender Organisationen ein vollständiges neues Infanteriegewehr gefunden und bei einem anderen 8 Infanteriegewehre mit vollständiger Infanterieausrüstung für acht Mann und bei einem Dritten 36 Karabiner und neue Gewehre. Auf dem Bahnhof Stendal ward ein Koffer mit 2 Zentner Sprengmunition beschlagnahmt und der Besitzer des Koffers, ein Maler aus München, festgenommen. Einen weiteren Koch mit 2½ Zentner Sprengmunition fand man auf der Station Uelzen. Auf dem Heuboden des Ortsbefehrsers Berstow im Barnewitz (Kreis Potsdam) fand man im Heu versteckt 2 Säcke, die je 17 gut erhaltene Militärgewehre enthielten.

Bierzehn Personen erschossen.

Rom, 11. Juli. Im holländischen Dorfe Lenini verlangte eine Volkskundgebung die Freilassung einiger sozialistischer Führer, die wegen der Herstellung von Bomben verhaftet worden sind. Als die Menge Steine gegen das Gefängnis warf, schoß die Polizei. 11 Personen wurden getötet und mehrere verwundet.

Unter fremden Menschen.

Von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz.
Internationales Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin.

(106. Fortsetzung.)

„Bin gestern ganz betrunken zu Bett gegangen — Gott weiß, wo und mit wem ich herumgezickt habe...“

Sie trank ein Glas Brantwein und darauf den heißen Tee. In dem groben, unzweideutigen Tone der Gassenweiber begann sie dann drauflos zu reden, bis ich sie nach ihrer Tochter fragte — da wurde sie mit einemmal nüchtern.

„Was geht dich meine Tochter an?“ Ichrie sie auf mich los. „Auf die spiest du dich wohl? Nein, mein Lieber, das gib's nicht!“

Sie trank noch ein Glas Brantwein und fuhr dann fort: „Meine Tochter hat mit mir nichts gemein. Wer bin ich denn? Eine Waschfrau. Was für eine Mutter bin ich ihr? Sie ist gebildet, gelehrt — verstehst du, mein Sohn? Sie ist von mir weggezogen, zu einer reichen Freundin... Die Waschfrau paßte ihr nicht — nun gut, vielleicht wird ihr die Gassenbirne passen...“

Ich sah es ihr an, daß sie zur Gassenbirne geworden war, es gab ja in dieser Straße keine andern Frauen. Als sie sich jedoch selbst so nannte, traten mir vor Scham und Mitleid die Tränen in die Augen. Sie, die mir noch vor kurzem so kühn, so unabhängig und verständlich erschienen war, eine Dirne — es war mir bei ihrem Selbstbekenntnis, als ob ich mich an einer glühenden Kohle versengte.

„Ach, Junge,“ sagte sie und sah mich dabei leuzend an — „geh' fort von hier! Ich bitte dich darum und rate es dir: komm' nicht mehr her, du gehst hier zugrunde!“

Dann begann sie leise, wie im Selbstgespräch, vor sich hin zu reden, wobei sie den Kopf über den Tisch neigte und mit dem Finger auf dem Tische irgend etwas zeichnete.

„Freilich, was machst du dir aus meinen Bitten und Rat-schlägen? Hat doch die eigne Tochter nicht auf mich gehört... Ich schrei' sie an: Du darfst die eigene Mutter nicht im Stich lassen, was fällt dir ein? Und sie sagt darauf: Ich erhäng' mich, wenn ich bei dir bleiben soll, und ist nach Kasan gegangen, um weiterzulernen. Hebamme will sie werden. Nun, meinerwegen, meinerwegen... Und ich — was soll' ich anfangen? Wo soll' ich Anseh'n suchen? Hier... bei den Heimallosen... hab' ich ihn gefunden...“

Sie schwieg lange und bewegte nur stumm die Lippen — offenbar hatte sie meine Gegenwart vergessen und ging ihren Gedanken nach. Ihre Mundwinkel hatten sich gesenkt, die

Lippen bildeten eine Sichel, und die zitternden und zuckenden Fältchen um den Mund, die ihre eigne, stumme Sprache redeten, boten einen schmerzlichen Anblick. Der Ausdruck ihres Gesichts hatte etwas Kindliches, Bekränktes. Eine Haarsträhne fiel unter ihrem Kopfschopf auf die Wange vor und wand sich nach dem kleinen Ohr hinüber. In den abgestandenen Lee-siel von ihrem Auge eine Träne; als sie es merkte, schob sie das Glas vor sich, schloß die Augen fest, daß noch zwei kleine Tränen herausstraten, und trocknete dann ihr Gesicht mit dem Taschentuch.

Ich hielt es nicht länger aus, mit ihr so dazusitzen, und erhob mich.

„Leben Sie wohl,“ sagte ich. „Wie? Ach so... Nun, geh' schon, geh' zum Teufel!“ sagte sie mit einer wegweisenden Handbewegung — offenbar hatte sie ganz vergessen, mit wem sie zusammenfaßte.

Ich lehrte auf den Hof zu Ardalion zurück, er hatte mit mir auf den Krebsfang gehen wollen. Ich ging rasch, um ihm von dieser Frau zu erzählen, traf jedoch weder ihn noch Robenof auf dem Dache an. Während ich sie nach dem winkligen Hofe suchte, erhob sich auf der Straße lauter Lärm, wie ich ihn hier schon gewohnt war. Ich trat aus dem Tor und stieß so-gleich auf Natalia. Sie schluchzte, wischte sich mit dem Kopfschopf das zerfallene Gesicht ab, strich mit der andern Hand ihr zerzaustes Haar zurecht und ging wie blind auf dem Bürgersteig hin, während Ardalion und Robenof hinter ihr her-schritten.

„Gib ihr noch eins, immer feste!“ rief Robenof dem Ge-fährten zu.

Ardalion holte Natalia ein und schwang seine Faust gegen sie. Sie wandte sich ihm zu — ihr Gesicht war ganz schrecklich verzerrt, die Augen glühten voll Haß.

„Da — schlag' doch zu!“ Ichrie sie.

Ich fiel Ardalion in den Arm.

„Was fällt dir ein?“ rief er und sah mich verwundert an.

„Rühr' sie nicht an!“ brachte ich mühsam heraus.

Er lachte laut auf.

„Sie ist wohl deine Braut? Ei, ei, mein Bübchen — hast ein saubres Liebchen!“

Auch Robenof wollte plahen vor Lachen und schlug sich auf die Hüften vor Vergnügen. Eine ganze Weile rösteten sie mich förmlich am Kreuzfeuer ihrer schmutzigen Spottreden — es war eine Folter für mich. Natalia fand Zeit, sich zu ent-fernen, mir aber riß schließlich der Geduldssaden. Ich rannte mit dem Kopf gegen Robenofs Brust an, warf ihn rücklings zu Boden und lief fort.

Lange Zeit blieb ich dann der Millionaja fern. Ardalion sah ich noch einmal — ich begegnete ihm auf einem Fährschiff,

„Wo steckst du denn, Junge?“ fragte er mich ganz ver-gnügt.

Als ich ihm sagte, wie sehr mich seine Roheit gegen Na-talia und die häßliche Kränkung, die er mir angetan, empört habe, meinte er, gutmütig lachend:

„Das war doch nicht ernst gemeint, Junge! Wir haben dich nur zum Spaß ein bißchen gehänselt. Und sie — wie soll man sie nicht prügeln, da sie doch eine Dirne ist? Die Männer prügeln ihre Frauen, da wird man doch mit so einer keine Umstände machen! Nur nicht weidlich sein! So viel weiß ich schließlich selbst: die Haut ist ein schlechter Lehrer...“

„Was hast du sie auch zu belehren? Worin bist du besser als sie?“

Er legte seinen Arm um meine Schultern und sagte, sich schüttelnd, mit leichtem Spott:

„Das ist ja das Häßliche in unserem Leben, daß einer so wenig taugt wie der andere...“

Er lachte hell auf und fügte prahlerisch hinzu:

„Ich begreife das alles, mein Lieber, sehe alles in- und auswendig! Ich bin kein dummer Dorsteufel...“

Er war ein wenig angeheitert und sprach zu mir mit dem freundlichen Mitgefühl eines guten Lehrers mit einem ein-fältigen Schüler...

... Juweilen traf ich auch noch Pawel Odinzow, meinen Kameraden aus der Malerwerkstatt. Er war noch fetter und flotter geworden, kleidete sich stutzerhaft, sprach mit mir von oben herab und warf mir jedesmal vor:

„Daß du dir solch eine Arbeit aussuchst — du gehst dabei zugrunde! Diese Bauern...“

Dann erzählte er mir einige Neuigkeiten aus der Werk-statt:

„Schigarew schleppt sich immer noch mit dieser Kuh her-um, und Sitanow muß irgendein Herzleid haben — er trinkt ganz gewaltig. Den alten Bogolow haben die Wölfe aufgefressen, er fuhr zu Weihnachten nach Hause, war natür-lich betrunken und wurde ohne viel Umstände von ihnen ver-spielt. Und als sie ihn gefressen,“ fuhr er lachend in der Aus-malung des traurigen Ereignisses fort, „da wurden sie selbst bezehlt, spazierten wie gelehrte Pudel auf den Hinterpfoten durch den Wald und starben tags darauf alle miteinander eines elenden Todes...“

Ich lachte mit ihm, hatte jedoch das Gefühl, daß die Malerwerkstatt mit allem, was ich dort erlebt hatte, für mich ein abgetanes Kapitel war. Und das tat mir doch wieder ein klein wenig leid.

(Fortsetzung folgt.)

Der Berliner Etat.

Zur Verabschiedung des Etats.

Der in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Ferien verabschiedete Berliner Etat mit einem Gesamtumsatz von über 13 Milliarden war der erste ordentliche Etat des neuen Groß-Berlin, der in übersichtlicher Aufstellung die ganze Verwaltung der Groß-Berliner Einheitsgemeinde zusammensetzte. Er war auch der erste Etat, der einer eingehenden, etwa vier Wochen dauernden Beratung im Etatsauschuss unterzogen werden konnte. Das Charakteristische dieses Etats ist das Charakteristische der Etats aller großen deutschen Städte in der augenblicklichen Situation: das vollkommene Fehlen einer gefunden, soliden Basis für die städtischen Finanzen. Die Erzberger'sche Reichsfinanzreform wie die rapide Geldentwertung, die von Stunde zu Stunde alle Finanzvoranschläge der Gemeinden über den Haufen wirft, hat für alle Städte eine auf die Dauer fast unübertragliche Lage geschaffen, aus der es einen Ausweg nur dann geben kann, wenn die Finanzpolitik des Reiches endlich eine andere wird. Die einzelnen Stadtverwaltungen sind heute selbst beim besten Willen kaum in der Lage, von sich aus irgendwie Wesentliches zur Besserung ihrer Finanzen zu tun. Das zeigt sich auch beim Berliner Etat. Die großen und eintäglichen Steuern, wie die Reichseinkommensteuer, sind bei der Aufstellung bis auf die äußerste Grenze des wahrscheinlichen Ergebnisses berücksichtigt worden. Ebenso die Reichsumsatzsteuer. Die Gewerbesteuer, für die die neue Form wegen der bisher fehlenden Befähigung der Aufsichtsbehörde zurückgestellt werden mußte, ist ebenfalls bei einer Erhebung von 2200 Proz. in der ersten Stufe aufs äußerste angespannt. Die übrigen kleineren Steuern, über die die Städte noch verfügen, sollen in ihrem Ergebnis im Verhältnis zum Milliardenetat der Stadt kaum ins Gewicht und können auch ihrem Charakter nach kaum wesentlich gesteigert werden. Da, wo die Städte Versuche gemacht haben, sich zum Beispiel in Berlin durch die Wohnungssteuer weitere Einnahmen zu verschaffen, sind ihnen die Aufsichtsbehörden in den Arm gefallen. So muß man sich heute feststellen, daß Berlin in seiner Steuerpolitik sich in einer Zwangslage befindet, aus der Berlin allein kaum einen Ausweg finden kann.

Bei der sachlichen Beratung dieses Etats mußte man feststellen, daß die Finanzlage der Stadt das Glatteis der Stadtverordnetenversammlung fast vollkommen illusorisch gemacht hat. Die Möglichkeiten, für soziale Aufgaben in irgendeinem Punkte neue Mittel zu erlangen, fehlt vollkommen. Im Gegenteil, es mußte verzweifelt darum gekämpft werden, der Einschränkung der sachlichen und sozialen Ausgaben die unbedingt gebotene Grenze zu ziehen. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß, um nur ein Beispiel zu nennen, der Ausschuss zwei Sitzungen gebraucht, um die Bewilligung der Schulbauteile für das Roabiter Krankenhaus durchzuführen.

Eine genauere Beratung und Kontrolle der sachlich zu erzielenden Ersparnisse war um so schwieriger, als für diejenigen Posten, bei denen evtl. Berlin seine Ausgaben einschränken könnte, eine Kontrollmöglichkeit zurzeit noch nicht besteht. Zweifellos arbeitet Berlin mit einem viel zu großen und viel zu schwerfälligen Beamtenapparat. Es werden nicht nur energische Maßnahmen notwendig sein zur Vereinfachung des ungewöhnlich veralteten und schwerfälligen Geschäftsganges in den Stadtbüros, sondern es muß auch eine sorgfältige Durchprüfung der seit dem Zusammenschluß der Groß-Berliner Gemeinden gewonnenen Erfahrungen über den organisatorischen Aufbau Groß-Berlins vorgenommen werden. Einer der leitenden Gedanken beim Zusammenschluß zur Einheitsgemeinde war der, daß die Vereinheitlichung der Ersparnisse und Vereinfachung des Geschäftsganges zugleich bedeuten müsse. Bei den städtischen Werken zeigt sich dies bereits heute, wenngleich auch da viel zu langsam und schwerfällig gearbeitet wird. Bei der Verwaltung wird noch ein großes Stück Arbeit zu leisten sein, ehe dieser Gesichtspunkt sich trotz aller Schwierigkeiten, die ihm in den Bezirken bei der Zentralverwaltung entgegengekehrt werden, durchsetzen hat.

Die finanziellen Schwierigkeiten Groß-Berlins bestimmen zum Teil auch die Entscheidung über die augenblicklich wichtigste Frage, die in Groß-Berlin noch zu lösen sind. Die bürgerlichen Parteien führen einen hartnäckigen Kampf um die Entkommunalisierung der Wirtschaftsbetriebe. Die Deutschnationalen führen diesen Kampf offen, indem sie nicht nur alle Tarife ablehnen, sondern auch dem Etat der Stadt ihre Zustimmung verweigern. Der Magistrat schwankt in diesem Kampfe hin und her. Seine Aufgabe wäre es, mit Energie die Zügel in

die Hand zu nehmen, die zweifellos bestehenden Mängel zu beseitigen. Wenn in der Verwaltung der städtischen Güter der Magistrat, was er längst hätte tun müssen und können, die Initiative in die Hand nehmen würde, um die Bewirtschaftung der Güter wirtschaftlich beweglicher zu gestalten, so würde der Kampf gegen die Entkommunalisierungstendenzen ein viel leichter sein. Offenbar weiß aber der Magistrat bis heute noch nicht, was er eigentlich will. So werden wir von Monat zu Monat durch immer widersprechende Nachrichten hin- und hergezerrt. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir die Auslieferung der Güter an das Privatkapital mit allen Mitteln bekämpfen werden und hoffen, daß wir in dieser Frage endlich einmal eine geschlossene Front der Arbeiterschaft in der Stadtverordnetenversammlung herstellen können, gegen die die Entkommunalisierung ja faktisch auch nicht durchgeführt werden kann. Angesichts dieser bevorstehenden Kämpfe und der gesamten Finanzlage der Stadt stand unsere Fraktion vor der Frage, ob sie dem Etat ihre Zustimmung geben sollte oder nicht. Ohne unsere Stimme wäre er zu Fall gekommen. Die Kommunisten haben für die Lösung solcher Fragen stets das einfache Rezept: Sie fordern alles und bewilligen nichts, trotzdem sie genau wissen, daß auch unter ihrer Verwaltung eine Gemeinde wie Berlin nicht einfach den Rahmen der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Reichsfinanzen sprengen kann, glauben sie, ihre Abneigung als radikal und arbeiterfreundlich anpreisen zu können. Mit solchen „Grundfäden“ kann freilich jeder kommunistische Pötkel betreiben. Mit radikaler Vertretung der Arbeiterinteressen hat das nicht das mindeste zu tun. Die Abneigung des Etats hätte zur Folge gehabt, daß der Gedanke der Einheitsgemeinde Groß-Berlin, für den die schwersten Erschlitterungen angesichts der Angriffe, die die bürgerlichen Parteien im preussischen Landtag vorbringen, noch bevorstehen, erneut von uns, den Begründern und Vorkämpfern der Einheitsgemeinde, den schwersten Stoß erhalten hätte. Die Verwaltung einer Gemeinde, an der wir durch den größten Teil der Bezirke beteiligt sind, wäre dadurch erneut unter Kontrolle der reaktionären Aufsichtsbehörden gestellt. Eine Arbeiterpolitik, die auf lange Zeit arbeiten will, muß von der Einsicht ausgehen, daß die Aufrechterhaltung der städtischen Finanzen ein elementares Interesse gerade der Arbeiterschaft ist, daß die Erhaltung der Selbstverwaltung in unserer Hand trotz aller Schwierigkeiten, die der Augenblick für uns mit sich bringt, viel wichtiger ist als die Befriedigung eines kurzzeitigen und rein demagogischen Scheinradikalismus nach Art der Kommunisten. Der Einfluß, den die Arbeiterschaft auf die städtische Verwaltung in allen ihren Teilen ausüben kann, wird zudem um so größer sein, je mehr die Arbeiterschaft auch in ihrer parlamentarischen Vertretung bewußt und planmäßig als Trägerin der kommunalen Selbstverwaltung des einheitlichen Groß-Berlin auftritt.

Ein Reich, ein Volk, ein Gott!

Wir sind arm geworden. — So erzählen immer und immer wieder Leute, die nur arm geworden sind an Goldstücken, aber reich, sehr reich an Papierschneiden — Leute, die immer reicher werden. Es hört sich aber so klug, so geistreich, so jovial und vertrauens-erweckend an, man hat gleich das Ohr seiner Mitmenschen. Dieser Stoffseufzer ist nur ein Einleitungsatz, es geht dann gewöhnlich weiter: „Früher war es doch besser gewesen!“ und dann folgen Angriffe auf den Umsturz, auf die Republik und auf die Sozis. „Es ist ein Skandal, daß man sich von Arbeitern regieren lassen muß.“ So und ähnlich kann man auf der Straßenbahn, in der Stadtbahn, überall hören, wo zufällig und unzufällig einige Leute zusammenkommen. Der Arbeiter, der genau weiß, daß an den heutigen miserablen Wirtschaftsverhältnissen nicht die Revolution, sondern der Krieg schuld ist, hört sich das Gerede mit an — sagt kein Wort. Eigentlich unfahbar, es ist aber so.

Noch unfahbarer ist aber das Gebahren der republikanischen Behörden. Die Republik muß sparen, denn wir sind ja so arm geworden. Neue Steuern werden nicht angefertigt, in vielen Dienststellen werden die Siegel des alten Obrigkeitsstaates „aufgebraucht“. Es ist sogar schon vorgekommen, daß Drucksachen mit „Kaiserlich, Königlich usw.“ neu geordnet wurden. Mit einem dünnen Strich wurde dann das „Kaiserlich und Königlich“ nachdrücklich ausgetrichen. Es gibt noch „Kaiserliche“ und „Königliche“ Dienststellen. Das Tollste ist aber im Bereiche der Post festzustellen. Nicht genug

damit, daß immer noch die häßlichen Germaniamarken ausgegeben werden, es werden auch noch 5-Mark-Marken verkauft, auf denen der Held von Amerongen in großer Uniform und Gottesgnadenpostur steht, umgeben von seinen Großen. In den Ecken hängen königliche Wappentiere, und ein Band trägt die Aufschrift: „Ein Reich, ein Volk, ein Gott!“

Die Republik spart — es kann einem aber übel dabei werden. Möge sie doch endlich an monarchistischen Geheimräten und anderen großen Tieren sparen und nicht an Bächerlichkeiten. Sie spottet ihrer selbst und weiß nicht wie. — Wir wünschen aufrichtig gute Besserung.

Aufgeflogene Irrengamer-Sektion.

Nicht weniger als sechs „Christusse“ treiben seit zwei Jahren in der deutschen Republik ihr Unwesen: der ehemalige Lehrer Gottbold Sinderer aus Württemberg, der frühere Matrose Leibold, ein Walter Volkraath, genannt Heilmann, der verachtete Holzwarenfabrikant Lorenz in Bengelsfeld im Erzgebirge, der von Zeit zu Zeit „Festzüge der Engel“ mit angelegten Pappflügeln und nach Einbruch der Dunkelheit „Engelhaufen“ (1) veranstaltet, ferner als verächtlichster der schon so oft genannte Ober-Preffias, Konfusions-Häuptling Häusser und sein Spitzen-Apostel Leonhard Stark, der in einer Berliner Schlosskammer in der Mehaerstraße haust und dem „Meister“ genau abgeguckt hat, wie er sich räuspert und wie er spuckt. Weggelassene Ehefrauen und Prostituierte vervollständigen die Risikanten-Gesellschaft. Alle Sechse sind pathologische, geistig minderwertige Gestalten, auf gut Deutsch: Quatschköpfe, nicht etwa nur ehrlich überzeugte religiöse Schwärmer, sondern unter der Welt-erlöser-Maske weiter nichts als Geiz- und Weiberjäger, denen im Dreck am wohlsten ist. Verlumpte Existenzen, die nicht von der Luft leben können, die geregelte Arbeit scheuen und deshalb aus der Scheinheiligkeit und aus dem Dummensinn einen Erwerb machen. Häusser und Stark waren schon im Irrenhause, was für solche Leute noch der unvorsichtigen Entlassung nur ein Freischein ist, ihre Gaunereien und religiösen Fagen um so frecher fortzusetzen. Die deutschen Behörden waren immer schnell bei der Hand, harmlose Querulanten oder unbehaglich gewordene Beamte für viele Jahre ins Irrenhaus zu schieben, haben aber leider nie oder viel zu spät die Gemeingefährlichkeit solcher Brüder im HVRN erkannt. Vor einigen Tagen ist Häusser, der Kopf dieser Bande, verhaftet und sein geradezu ekelhaftes Subtilitäten „Stark“ beschlagnahmt worden. Die Verhaftung erfolgte, weil dieser komplett Verrückte zuletzt auch gegen die Regierung hegte. Er wird nun wohl über die preussische Grenze geschoben und endlich für längere Zeit in das Irrenhaus gesteckt werden. Wann folgen die anderen noch?

Die fortgesetzte Anwendung des § 10 der Höchstmietverordnung.

Durch das Reichsmietengesetz ist die Höchstmietverordnung mit Wirkung vom 1. Juli ab außer Kraft getreten. Wie uns mitgeteilt wird, stehen die Mieteinigungsämter, welche trotzdem noch jetzt Zuschläge aus § 10 festsetzen, auf dem Standpunkt, daß die Erstattungsansprüche sich ja auf die Zeit vor dem 1. Juli beziehen und deshalb mit dem Reichsmietengesetz nichts zu tun haben. Es seien Leistungen, die auf andere Weise gar nicht abgefordert werden können. Man könne den Ausgleich für diese Leistungen nicht in die noch erst festzusetzenden neuen Grundmietenzuschläge hineinrechnen, weil ja die Leistungen in allen Häusern verschieden gewesen seien. Ebenso wenig könne man diese Leistungen durch die im Reichsmietengesetz auch vorgesehene Umlage erfassen, weil das dem Termin des Inkrafttretens des Reichsmietengesetzes widerspräche.

Das hört sich noch recht hübsch an, aber es ändert nichts an der Tatsache, daß es ein rechtliches Unding ist, eine Verordnung, die nicht mehr Gesetzeskraft hat und aufgehoben ist, für die Vergangenheit noch zur Anwendung zu bringen. Sonst käme man in eine Rechtskläuberel hinein, deren Auswirkungen gar nicht abzusehen sind. Ein aufgehobenes Gesetz ist für alle Zeiten tot. — Eine andere, jetzt viel gestellte Frage ist, ob die vor dem 1. Juli festgesetzten und in der Zahlungsweise bis zum Jahresende verteilten Zuschläge aus § 10 auch nach Regelung der gesetzlichen Miete weiterzuzahlen sind. Das wird von den „Mietjuristen“ bejaht, weil die Zahlungsverpflichtung zu einer Zeit, als die Höchstmietverordnung noch in Geltung war, auferlegt wurde.

Berlins Ernährungslage.

Der Magistrat sieht mit ernstester Besorgnis der weiteren Entwicklung der Ernährungslage entgegen, da angesichts der zunehmenden Marktentwertung der Zeitpunkt nicht mehr fern zu sein scheint, an welchem die große Masse der Bevölkerung die Preise für ausländische Lebensmittel nicht mehr bezahlen kann. Dadurch würde die Ernährung der Einwohnerschaft Berlins, der selbst die notwendigsten Lebensmittel durch die hohen und immer noch steigenden Frachtkosten besonders verteuert werden, aufs äußerste gefährdet. Wir richten daher an die Staatsregierung das dringende Ersuchen, unverzüglich alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die landwirtschaftliche Produktion im Inlande und namentlich in der Nähe der großen

Massary Delft
edel wie der Name

Fritzi Massary
eine Zigarette von Rang

Urteilen Sie selbst!

KON LINON

Städte zu vermehren und zu dem Zweck vor allem die Frage der Restitution des in der Umgebung der Stadt Berlin noch im weiten Umfang vorhandenen verbesserungsfähigen Bod- und Moorlandes mit allem Nachdruck zu fördern.

Bürgermeister Dr. Ostrowski.

Die Wahl des früheren Studienrats Dr. Ostrowski (SPD.) zu Berlin-Dankow zum Bürgermeister der Stadt Finsterwalde N.-L. auf die gesetzliche 12jährige Dienstzeit ist bestätigt worden.

Tabak-Vorkott.

Neuerdings weigern sich zahlreiche Kleinhändler, Tabak von solchen Firmen zu beziehen, die ihren Tabakpaketen in sehr zu billiger Weise den Preis aufdrucken. Sie wollen je nach der Konjunktur eigenmächtig die Preise festlegen, um auch an alter Lagerware, die noch billig eingekauft ist, schweres Geld zu verdienen. Eine solche Schröpfung der Tabakraucher ist natürlich ganz ungerechtfertigt, da der Kleinhändler auch an dem aufgedruckten Preise genügend verdient, und ist sogar als Wucher strafbar, wenn der aufgedruckte Preis, wie es nach immer geschieht, geändert oder überhöht wird oder wenn Kleinhändler in noch betrügerischerer Absicht die banderolierten Pakete öffnen und zum Teil mit minderwertigen Tabak füllen. Man muß hier also leider feststellen, daß sich keineswegs immer nur die Erzeuger und Großhändler durch Wucher bereichern. — Standards ist auch die Tatsache, daß Zigarettenhändler Zigaretten, zum alten Preise und mit alter Banderole einzukaufen, zu neuen und höheren Preisen verkaufen. — Im Kulturzoo ist eben der Raucher eines der geduldetsten Tierchen.

Jede Preistafel eine Mark.

Der Preis für Weizen ist gleich um 25 Prozent, von 65 M. auf 81,25 M., gesteigert worden. Im Juni sind gewöhnlich 80-90 Preistafeln. Es kostet also eine einzelne Preistafel rund eine Mark, das heißt mehr als früher 100 Stück. Zahlreiche eingeschriebene Kunden sind trotz aller Mahnungen mit dem Abschreiben für noch 65 M. nicht befreit worden. Jetzt aber drängen sich die Kleinhändler, die mit der neuen Preiserhöhung gerechnet haben, geradezu auf. Ist denn diesem immer wiederkehrenden Wucher gar nicht beizukommen?

Wie behandelt man Gefrierfleisch?

Ausländisches Gefrierfleisch ist nicht nur billiger als inländisches frisches Fleisch, sondern auch besser und hat keinerlei Nachteile. Es stammt meist von Weidvieh. Trotzdem besteht vielfach noch eine gewisse Vorurteilbarkeit gegen das Gefrierfleisch, die wohl meist von einem Mangel der Kenntnis der richtigen Behandlung kommt. Bei sachgemäßer Behandlung des Gefrierfleisches unterscheidet es sich in der Hand der Hausfrau nicht von frischem Fleisch. Das Austauen des Gefrierfleisches geschieht am besten in sachmännischer Weise in der Schmelzkammer. Das Fleisch kommt schon aufgetaut in den Verkauf. Das Fleisch in den äußeren Schichten des Fleisches muß so schnell wie möglich zum Gerinnen gebracht werden. So verhindert man das Austropfen des Saftes und erhält den vollen Nährwert. Will man das Fleisch kochen, so muß man es stets in kochendem Wasser aufsetzen, zum Beuten in heißem Fett aufsetzen und auf allen Seiten in einem recht heißen Ofen scharf anbraten. Dann wird es stets wie frisches Fleisch weiter behandelt.

Ein deutschnationaler Stadtverordneter als Arbeitgeber.

Der deutschnationale Stadtverordnete Herr Schreckenberg, Charlottenburg, Krumme Str. 14, betreibt in Romowes, Löhnowstraße 9/11, eine Käserei. Die dort beschäftigten Arbeitnehmer erhalten einen Wochenlohn von 450-550 M. Außerdem darf ein Teil von ihnen in einem hierzu zur Verfügung gestellten Zimmer schlafen. Soweit der nächtliche Latbestand.

Den Bemühungen der zuständigen freigewerkschaftlichen Organisation, dem Verband der land- und forstwirtschaftlichen Angestellten, Sektion Käserei- und Käseerzeugnisse Berlin, eine den heutigen Verhältnissen einigermaßen entsprechende Bezahlung zu vereinbaren, lehnt der wohlbeleibte deutschnationale Herr nach dem Grundsatz: „Selberessen macht fett“ äußersten Widerstand entgegen, trotzdem er bereits darauf hingewiesen wurde, daß diese unverhältnismäßig niedrige Entlohnung einer Verteilung zum Diebstahl gleichkomme.

Verkehrsverbesserungen auf der Straßenbahn. Die Linie 24, die den Verkehr nach Tegel vermittelt, soll jetzt auch an Wochenenden und nicht nur, wie bisher, an Sonn- und Feiertagen bis Tegel durchgehen. Ferner soll der Straßenbahnbetrieb regelmäßig bis Dahlem durchgehen.

Gewerkschaftliches

Beendigung des Buchdruckerstreiks. Heute Arbeitsaufnahme.

Der Gewerkschaftsrat der Buchdrucker erläßt an alle Mitglieder des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer folgenden Aufruf:

„Laut Beschluß der Generalversammlung vom 11. Juli wird die Arbeit am 12. Juli mit Beginn der üblichen Arbeitszeit geschlossen ausgenommen.“

Die Personale haben sich eine halbe Stunde vor Arbeitsbeginn einzufinden, um Mitteilungen der Vertrauensleute entgegenzunehmen.

Dasselbe gilt auch für die Hilfsarbeiter. Gestern lagte eine außerordentliche Generalversammlung der Berliner Buchdrucker, in der Edel über die gepflogenen Verhandlungen mit den Unternehmern Bericht erstattete. Das Ergebnis wurde niedergelegt in folgender Vereinbarung:

„Die Arbeit in Berlin wird am Mittwoch früh, wo das nicht möglich, mit nächster Bescheinigung, wieder ausgenommen. Vom Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit ab gelten die Feuerungszulagen, die der Tarifausschuß am 11. Juli festsetzte wird. Bei Wiederaufnahme der Arbeit erhalten die männlichen Arbeiter 300 Mark, die weiblichen Hilfsarbeiterinnen 250 Mark, die Jugendlichen unter 17 Jahren 150 Mark. Wo Zahlung nicht sofort möglich, kann nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat auch in zwei Raten gezahlt werden. Die Sonderzulagen der Rotations sind zurückgezogen. Ueber Sonderzulagen für Berlin hat nur der Tarifausschuß zu beschließen. Streiktage werden nicht bezahlt. Maßregelungen finden beiderseits nicht statt. Arbeitswechsel darf auch auf Grund der Streikunterbrechung nicht stattfinden. Ueberstunden sind namentlich zwecks Nachholung der liegenden Arbeit unter Berücksichtigung der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen zu leisten.“

Nur gegen eine Stimme und nach ganz kurzer Debatte wurde obiger Vereinbarung zugestimmt und folgende Entschließung angenommen:

„Die am 11. Juli tagende Generalversammlung beschließt: Auf Grund der Verhandlungen, unter Anerkennung der von Anfang an aufgestellten Forderung von 300 M. und Fallentlösung aller Mahnungsgeldsätze, beschließt die Generalversammlung ab Mittwoch, den 12. Juli, die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Arbeit ist geschlossen aufzunehmen.“

Die Generalkommission spricht allen Mitkämpfern ihren Dank für ihr mutiges Aushalten aus.

Der Gewerkschaftsrat wird unbedingt verpflichtet, die Einzelerklärungen und Einzelerklärungen in diesem Kampfe genau zu prüfen und gegen alle Mißverständnisse alle notwendigen Schritte zu unternehmen. Insbesondere ist die Frage der Angestellten, soweit sie Bandsmitarbeiter sind, einer endgültigen Klärung entgegenzuführen.“

Im Auftrage des Vorstandes gab hierauf Pietzsch noch einige Erläuterungen. In dieser Woche soll die zugestimmte Streikunterbrechung von 150 M. zur Auszahlung gelangen. Aufgefordert wurde, die Unterhaltungslisten genau wie bisher auszufüllen. Die Auszahlung erfolgt für die Druckereien mit den Buchstaben A-L am Mittwoch, M-Z am Donnerstag. Die Kassierer des Betriebes haben die Aufgabe, die Listen von einem Vertrauensmann gegenzeichnen zu lassen.

Die graphischen Hilfsarbeiter tagten zu gleicher Zeit. Sie faßten die gleichen Beschlüsse und die mitgeteilten Bestimmungen gelten somit auch für das graphische Hilfspersonal.

Das Reichsarbeitsministerium zum Buchdruckerstreik.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: „Vorwärts“ und „Freiheit“ brachten in der Abendausgabe vom 10. Juli bzw. in der

Metallarbeiter!

Zur Bevollmächtigtenwahl im Metallarbeiterverband, die am 15., 16. und 17. Juli stattfindet, gebe jeder seine Stimme für Jiska.

Morgenausgabe vom 11. Juli 1922 Berichte über die Generalversammlung der Buchdrucker vom 10. Juli 1922, nach denen auf dieser Versammlung der Unwille der Mitglieder darüber zum Ausdruck gekommen sei, daß die Regierung sich passiv verhalte und von ihren Nachmitteln keinen Gebrauch mache.

Diese Ausführungen müssen in Anbetracht der Sachlage Besorgnis erregen. Das Reichsarbeitsministerium hätte sich seit Ausbruch des Streiks um dessen Beilegung bemüht. Nachdem sein letzter Vermittlungsvorschlag von den Arbeitgebern nicht angenommen worden war, hatte der Reichsarbeitsminister auf den 8. Juli 1922 einen Schlichtungsausschuß berufen. Dieser Ausschuß ist, wie bekannt, durch das Verhalten der privaten Unternehmer, die vor den sachlichen Verhandlungen die Sitzung verließen, nicht zu einem Schlichtungsspruch gekommen. Der Reichsarbeitsminister hat diesen Sachverhalt, wie er zugelegt hatte, sofort in der erscheinenden Arbeiterpresse veröffentlicht. Da mangels eines Schlichtungsspruches auch eine Verbindlichkeitsklärung nicht möglich war, standen der Reichsregierung weitere Nachmitteln zurzeit nicht zur Verfügung, was auch von Arbeitnehmenseite in den Verhandlungen anerkannt wurde. Es muß vielmehr nun der Spruch des Streikausschusses vom 11. Juli 1922 abgewartet werden, zu dessen Tagung sich die Beteiligten bereits nach Leipzig begeben haben.

Generalversammlung der Berliner Eisenbahner.

Am 27. Juni fand in den „Germania-Sälen“ eine außerordentliche Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin des NDB. statt, die sich mit der Wahl der Ortsverwaltung und mit den Vorschlägen zum Verbandstag sowie Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag beschäftigte. Bekanntlich hatte der Vorstand der im Februar mit 14 Stimmen Mehrheit gewählten Ortsverwaltung, die nur aus Kommunisten bestand, aus mannigfachen Gründen die Befähigung verweigert, wodurch eine neue Wahl notwendig wurde. Die Wahl selbst ging schnell vonstatten, da eine partiellisch zusammengesetzte Kommission aller drei Parteirichtungen die nötigen Vorarbeiten getroffen hatte. Zur Wahl selbst gab die KPD-Fraktion die Erklärung ab, sich an der Wahl des vorgeschlagenen besoldeten Kandidaten nicht zu beteiligen. Das Wahlergebnis, das die Wahlkommission am 28. Juni zusammenstellte, sieht folgendermaßen aus: Von den amwesenden 332 Delegierten wurden 330 Stimmzettel abgegeben, wovon 303 für gültig erklärt wurden. Davon erhielt als

- 1. Bevollmächtigter J. Beefer 186 Stimmen,
 - 2. Bevollmächtigter K. Winkler, 96 Stimmen,
 - 3. Bevollmächtigter K. Winkler, 87 Stimmen,
 - Kassierer R. Rintlein, 184 Stimmen,
 - Schriftführer A. Neumann 155 Stimmen.
- Auf 117 Stimmzetteln war die besoldete Ortsverwaltung gestrichen. Der als 2. Bevollmächtigter vorgeschlagene Kollege Winkler nahm nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses die Wahl nicht an, Kollege Winkler erklärte, die Wahl anzunehmen. Auf die Mitglieder der unbesoldeten Ortsverwaltung sowie auf die Restoren und die Delegierten zur Gewerkschaftskommission entfielen 249 bis 303 Stimmen. Unter den für ungültig erklärten Stimmzetteln befanden sich 21 Zettel, die einzelne Kandidatenänderungen aufwiesen, die der Generalversammlung nicht unterbreitet worden waren. Rechnet man diese Stimmen nur für die in Frage kommenden Kandidaten ab, so wären 324 Stimmen für gültig anzusehen. Danach würden entfallen auf Beefer 194, Winkler 106, Winkler 87, Rintlein 194, Neumann 195 Stimmen; bei den Besoldeten hätten danach 128 Delegierte sich der Stimme enthalten. Als Sekretär für Beamtenfragen wurde der Kollege Weise mit 231 Stimmen gewählt.
- Zum Verbandstag lag eine größere Anzahl Entwürfe vor, die zum größten Teil einstimmig Annahme fanden. Zur Verbandstagswahl wurden 22 Kandidaten aufgestellt.
- Damit ist gleichzeitig der Bericht der „Roten Fahne“ vom 30. Juni berichtet, die vorzeitig von einer kommunistischen Mehrheit in der Generalversammlung sprach.

Tariffkampf im Versicherungsgewerbe beendet.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Bei der Abstimmung der Kollegenschaft über die vorläufige Vereinbarung vom 23. Juni d. J., durch welche die Gehälter der Direktionsangestellten im Versicherungsgewerbe rückwirkend vom 1. März d. J. ab wiederum zentral festgesetzt worden sind, hat sich eine Mehrheit für Annahme ergeben. Da die Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes deutscher Versicherungsunternehmungen der Vereinbarung vom 23. Juni ebenfalls zugestimmt hat, ist die Vereinbarung nunmehr endgültig in Kraft getreten. Ein gleichlautendes Abkommen ist inzwischen auch für die Angestellten der Verwaltungs- und Provisions-Generalagenturen getroffen worden. Damit sind die Tarif-

SAISON-AUSVERKAUF

vom 3. bis 15. Juli in fast allen Abteilungen

<p>Aluminium</p> <p>Satz 16-22 18-24 16-26 cm mit Deckel 325⁰⁰ 450⁰⁰ 575⁰⁰</p> <p>Schmortöpfe 12 14 16 18 cm 29⁵⁰ 32⁵⁰ 39⁵⁰ 44⁵⁰</p> <p>Kasserollen 29⁵⁰ 32⁵⁰ 39⁵⁰ 44⁵⁰</p> <p>Pfannen Stück 44⁵⁰ 58⁵⁰ 65⁷⁵</p> <p>Wasserkessel 16 18 cm 195⁰⁰ 210⁰⁰</p> <p>Schöpflöffel Stück 19⁵⁰</p> <p>Nickelwaren</p> <p>Kaffeekannen-Untersätze mit Nickelrand 6,75 13⁰⁰</p> <p>Tablett Payence m. Korbrand 11,50 14⁰⁰</p> <p>Gebäcksteller mit Nickelrand 9⁷⁵</p> <p>Teeglashalter Stück 18⁰⁰</p> <p>Zuckerstreuer Stück 8⁷⁵</p> <p>Stahlwaren</p> <p>Rasiermesser 27⁰⁰ 45⁰⁰ 55⁰⁰ 65⁰⁰</p> <p>Apfelsinenschäler Stück 4⁷⁵</p> <p>Gabeln, verallbert Stück 48⁰⁰</p> <p>Eßlöffel, verallbert Stück 48⁰⁰</p> <p>Tortenheber mit Stiefelhörgriff Stück 60⁰⁰</p>	<p>Verkauf sowohl Vorrat</p> <p>Maschinentöpfe 12 14 16 18 cm ca. 18 37,75 47,50 57,25 67,00</p> <p>Kochtöpfe 12 14 16 18 cm 38,00 48,00 58,00</p> <p>Becher Stück 2⁵⁰</p> <p>Waschbecken mit Seifnapf 14⁵⁰ 16⁵⁰</p> <p>Topfdeckel 1⁵⁰ 2⁰⁰ 2⁷⁵ 3⁷⁵</p> <p>Kaffeekannen 15⁰⁰ 18⁰⁰ 20⁰⁰</p> <p>Milchkannen 1 1⁵⁰ 2 3 Liter 9,50 12,00 18,00 24,00</p> <p>Salz- u. Mehlreste Stück 9⁵⁰</p> <p>Kasserollen 14 16 18 cm 16,50 23,00 29,50</p> <p>Pfannen Stück 6⁵⁰ 9⁰⁰</p>	<p>Emaill</p> <p>teilweise mit kleinen Schönheitsfehlern</p> <p>enorm billig</p> <p>Reibeisen Stück 3⁵⁰</p> <p>Sand-, Seife-, Soda-Behälter 24⁵⁰</p> <p>Konsol mit Maass Stück 9⁵⁰</p> <p>Schöpf- und Schaumlöffel Stück 2⁵⁰</p> <p>Saucenlöffel Stück 3⁵⁰</p> <p>Essenträger Stück 9⁵⁰ 15⁰⁰</p> <p>Kaffeeseib Stück 4⁵⁰</p> <p>Eßlöffel Stück 0,95</p> <p>Ringtöpfe Stück 29⁵⁰ 32⁰⁰</p> <p>Wasserkannen Stück 26⁰⁰</p>	<p>Mengenabgabe vorbehaltlich</p> <p>Maschinenwaren</p> <p>Brot Schneidemaschinen mit spittem Messer Stück 48⁵⁰</p> <p>Gaskocher mit zwei Kochstellen Stück 35⁰⁰ 145⁰⁰</p> <p>Wirtschaftswagen Stück 65⁰⁰</p> <p>Elektr. Platten mit Schmir und Stocker 175⁰⁰</p> <p>Gas-Anzünder Stück 1⁴⁵</p> <p>Holzwaren</p> <p>Quirlgarnituren Kasten 45⁰⁰</p> <p>Eierschränke Stück 42⁵⁰</p> <p>Gewürzschrank Stück 38⁰⁰</p> <p>Nudeirollen Stück 10⁷⁵</p> <p>Frühstückbrettchen Stück 3⁵⁰</p> <p>Lackierwaren</p> <p>Semmel- u. Zwiebelbehälter Stück 18⁰⁰</p> <p>Zahnbürstenhalter Stück 6⁷⁵ 7⁷⁵</p> <p>Brotkörbe Stück 18⁰⁰ 84⁰⁰</p> <p>Kaffee- u. Zuckerbüchsen 9²⁵ 14⁵⁰ 28⁵⁰</p> <p>Kekskasten Stück 18⁷⁵ 28⁵⁰</p>
<p>Kochgeschirre Stück 7⁵⁰</p>	<p>Trinkbecher Stück 1²⁵</p>		

HERMANN TIETZ

Kämpfe im Versicherungsgewerbe, die seit März d. J. andauernd und zu einer Arbeitsniederlegung in Hamburg, Köln, Düsseldorf und Stettin geführt hatten, zu ihrem Abschluß gelangt. Wenn das Ergebnis der neuen zentralen Regelung auch keineswegs voll befriedigt, so ist es doch gelungen, die Gehälter der Versicherungsangestellten einigermaßen den herrschenden Leuerungsverhältnissen anzupassen. Auch sind Sicherungen geschaffen worden, welche es den Arbeitgeberverbänden unmöglich machen, notwendig werdende weitere Gehaltserhöhungen in ähnlicher Weise zu verschleppen, wie es in den letzten Monaten versucht worden ist. Die neuen Vereinbarungen laufen bis zum 1. September d. J.

Streik im Kurz-, Galanterie- und Spielwarengroßhandel.

Die Hausdiener, Packer und Transportarbeiter obiger Gruppen sind heute, Dienstag, den 11. Juli 1922 in den Streik eingetreten, weil die Arbeitgeber jede Verhandlung auf Erhöhung der noch 735 M. betragenden Wochenlöhne hintertrieben haben. Auch beim Schlichtungsausschuss erschienen die Arbeitgeber nicht, sondern sabotierten auch dort die Verhandlung.

Die Arbeitsniederlegung ist in allen Betrieben geschlossen erfolgt und erfuhr wir um strengste Solidarität mit den streikenden Kollegen.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin, Sektion I.

Achtung! Transportarbeiter!

Am Sonntag, den 16. Juli 1922, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, findet in 49 Wahllokalen die Wahl der Delegierten zum diesjährigen Verbandstag statt.

Durch den Buchdruckerstreik war es uns nicht möglich, das Mitteilungsblatt mit Bekanntgabe der Wahllokale herauszubringen. Wir weisen unsere Mitglieder schon jetzt auf die Wahl hin mit dem Ersuchen, rege Propaganda dafür zu entfalten.

Die Veröffentlichung der Wahllokale erfolgt in den drei Arbeiterzeitungen am Freitag, den 14. Juli 1922. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Anzeigen auszuschneiden und in den Betrieben für Bekanntgabe derselben zu sorgen. Die Bezirksverwaltung.

Achtung! Buchbinder. Aussperrung in Buchdruckereien.

Die Arbeit in den Buchdruckereien darf nicht eher wieder aufgenommen werden, als bis die am Mittwoch, den 12. Juli, stattfindende Versammlung darüber Beschluß gefaßt hat. Die Versammlung findet nachmittags 2 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshaus, Engeliser 24, statt.

Achtung! Buchbinder! Achtung!

Für die Kollegenschaft der reinen Buchbindereien, Geschäftsbücherfabriken und Briefumschlagbetriebe findet die Auszahlung der Streikunterstützung am Donnerstag, den 13. Juli, im Gewerkschaftshaus, Saal 3, wie folgt statt:

Streikarten-Nummer	1—200:	8—1/2 Uhr
"	300—500:	1/2—10 "
"	800—1000:	11—12 "
"	1100—1300:	12—1 "
"	1300—1500:	1—1/2 "
"	1500—1700:	1/2—3 "
"	1700—1900:	3—4 "

Die Streikleitung.

Bauarbeiter! Alle Arbeiten, die von der Firma Freese, Salaufabrik, Niederhöhenhausen, hergestellt werden, sind Streikarbeiten. Wir ersuchen die Bauarbeiter, darauf zu achten, daß keine Arbeit von der Firma Freese auf den Bauten angebracht wird, da genannte Firma es ablehnt, die mit allen anderen Salaufabrikanten getroffenen Lohnabmachungen zu unterschreiben. Alle bei der Firma Freese beschäftigten Arbeiter sind Streikbrecher. Die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes.

USPD. Gastwirtschaften. In der Versammlung am 14. Juni wurden die Genossen H. Hennings als erster Vorsitzender, H. Voßges, als zweiter Vorsitzender, W. Engelmann, als erster Kassierer, K. Wiers als zweiter Kassierer sowie die Genossen Robinsohn und Bauer als neue Abteilungsleiter gewählt. Der nächste Jahrvormittag findet statt Mittwoch, den 12. Juli, vorm. 10 Uhr, im Clubhaus, Ziegelstr. 2, 1 Tr. Zahlreiches Erscheinen erwartet die Abteilungsleitung.

Hufeinzelhandel. Der Zentralverband der Angestellten hat für die in diesem Wirtschaftszweig tätigen kaufmännischen Angestellten einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der die Gehälter für den Monat Juni regelt. Der Vertrag ist in der Broschürenverkaufsstelle des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7/10, zu haben. — Ueber die Zulagehälter schweben Verhandlungen. Von deren Verlauf wird die Organisation Kenntnis geben.

Neue Löhne für Mineralwasserarbeiter. Für die in den Berliner Mineralwasserfabriken beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher sind mit dem Arbeitgeberverband für den Monat Juli neue Löhne vereinbart worden. Gedruckte Exemplare der Zulagehälter sind im Deutschen Transportarbeiterverband, Engeliser 24/25, Zimmer 38 II, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches in Empfang zu nehmen.

Parteiveranstaltungen.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr: Geschäftsleitungs-Sitzung im Verbandsbureau, Breite Straße 8/9. — Die nächste Zentralvorstandssitzung findet am Freitag, den 14. Juli, abends 7 Uhr, in der Breiten Straße 35, vorn 1 Treppe, statt.

Mittwoch, den 12. Juli.

1. Bezirk, II. Abteilung. Gemeinsamer Jahlabend sämtlicher Bezirke bei Kurtz, Hönigschstraße 5. Wichtige Tagesordnung; vorläufiges Erscheinen sämtlicher Parteigenossen dringend notwendig.
2. Bezirk, Berlin-Mitte, I. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr gemeinsamer Jahlabend bei Klement, Sophienstraße 6.
3. Verwaltungsbezirk (Wedding). Abends 5 Uhr im Sitzungszimmer Fraktions-Sitzung. Erscheinen aller Mitglieder notwendig. — Abends 6 Uhr Sitzung der Bezirksversammlung.
4. Verwaltungsbezirk, 17. Bezirk, 7. Abteilung. Diesmal gemeinsamer Jahlabend bei Panning, Jordanufer, Ecke Veteraburger Straße.
5. Verwaltungsbezirk, 17. Bezirk, 10. Abteilung. Am heutigen Jahlabend müssen alle Mitglieder anwesend sein. Mitgliedsbuch vorzeigen. Sehr wichtige Besprechung.
6. Verwaltungsbezirk, Abteilung Oberschöneweide. Jahlabend abends 7 1/2 Uhr, Realgymnasium Zepelinstraße, Zeichenaal. Funktionäre eine halbe Stunde früher.
7. Bezirk (Kreuzberg). Jahlabend findet in folgenden Lokalen abends 7 Uhr statt: 1. Abteilung bei Lechner, Rüdernstraße 92. — 2. Abteilung gemeinschaftlicher Jahlabend bei Reichelt, Hildrichstraße 44 („Zur Sportede“). — 3. Abteilung, Gruppe 115—120 bei Ködner, Bärwalddstraße; Gruppe 121—122 bei Borbrecht, Bergmannstraße, Ecke Bärwalddstraße; Gruppe 123—124, 130 und 132 bei Bieler, Tiefenbachstraße 76; Gruppe 131 bei Krüger, Grimmstraße 1; 4. Abteilung in der Schulaula, Tiefenbachstraße 51.
8. Bezirk, 7. Abteilung. Pünktlich 7 Uhr Jahlabend im Anabenhof der Schule Glogauer Straße, 1. Eingang.
9. Bezirk (Kreuzberg). Gemeinsamer Jahlabend der 1. Abteilung in der Schule Brüder Straße 17/18, 5. Abteilung: Grünauer Straße 17 bei Meinte, 6. Abteilung: Schulaula, Pauscher Platz 9, 9. Abteilung bei John, Pflückerstraße 39, Wahl des Abteilungsleiters, 10. Abteilung bei Lüdke, Brangellstraße 111, 12. Abteilung bei Hönnebeck, Stallger Straße 59c, 13. Abteilung bei Eichholz, Cuvrstraße 23, Charlottenburg, 7. und 8. Abteilung, Gemeinsamer Jahlabend bei Thum, Bielefeldstraße 4. Referat vom Genossen Paul Wegmann.
10. Kreisliga, 1., 2., 3. und 4. Bezirk gemeinsamer Jahlabend in der Mittelschule, Zeichenaal, Rütlistraße, abends 7 Uhr: Vortrag. — 5. Bezirk Bezirksversammlung, Idealasino, Weichselstr. — 6. Bezirk Jahlabend bei Blüding, Pflückerstraße 31/32. — 7. Bezirk bei Rahm, Ecke Gertrudstraße 213. Vortrag: „Reichsmietengesetz“. — 8. Bezirk Jahlabend bei Endrejat, Wilmannsstraße 12. Vortrag des Stadtrats Schneider. Erscheinen aller ist Pflicht. — Bezirk Br 1 abends 7 1/2 Uhr gemeinschaft-

licher Jahlabend bei Köpfer, Chausseestraße 60. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Referat des Genossen Fochner.

Abteilung Treptow. Abends 7 1/2 Uhr gemeinsamer Jahlabend für alle Bezirke im Zeichenaal der Schule Wittenbruchstraße. Vortrag.

Köpenick. Abends 7 1/2 Uhr im „Baderhof“, Röntgenplatz, gemeinsamer Jahlabend. Tagesordnung: „Die politische Lage.“ Referent: Genosse Mohde. Bezirksleiter müssen einladen.

Bezirk Lichtenberg-Stadt, 3. Viertel. Jahlabend 7 Uhr bei Albrecht, Bogdagerer Straße.

Lichtenberg-Stadt, 4. Viertel. Gemeinsamer Jahlabend in der Schule Pflückerstraße, Zeichenaal, abends 7 Uhr. Bericht über die politische Situation.

Weißensee. Abends 7 Uhr Abteilungs-Jahlabende in den bekannten 5 Abteilungslokalen.

Pankow. Abteilung Nord: Jahlabend Schulaula, Grunowstraße. — Abteilung Süd, Zeichenaal, 3. Schule, Kaiser-Friedrich-Straße.

Bereinskalender.

Mittwoch, den 12. Juli.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin, Sektion II, Mehlfußcher und Wisfaber. Versammlung bei Böser, Webersstraße 17, abends 7 Uhr. Bericht der Lokalkommission. — Branche 3b (Gruppe Glas und Keramik). Abends 6 Uhr bei Tshara, Weichselstraße 15: Gruppenversammlung. Bericht der Lokalkommission.

Verst. und JdM. Mitglieder der Danmer Krankenkasse. Abends 6 1/2 Uhr im Zeichenaal der Haveland-Hefefabrik, Neue Friedrichstraße 35, gemeinsame Versammlung mit den ASo-Mitgliedern.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Pünktig große allgemeine Mitgliederversammlung. Nachmittags 5 Uhr: Wustlerstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. — Nachts 1 Uhr: Sophienstraße, Sophienstraße 17/18, Residenz-Festhalle, Landberger Straße 31, Friedrichshof, Friedrichstraße, Ecke Kochstraße, Eingang Friedrichstraße, und August-Viktoria-Säle, Lutherstraße 31/32. Tagesordnung: Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs vom 5. Juli 1922.

Jugenderveranstaltungen.

Heim Br 1, Chausseestraße (Rathaus). Vortrag: „Die bürgerliche Jugendbewegung.“ Referent Genosse E. Blümel. SPJ, Baumgartenweg. Vortrag: „Das Wandern.“ Referent: Genosse Schweijenz.

Verlegung unserer Redaktionsräume.

Wir teilen hierdurch allen Parteigenossen, Mitarbeitern, Gewerkschaften, Behörden usw. sowie allen Freunden unseres Blattes mit, daß ab 1. Juli d. J. unsere sämtlichen Redaktionsräume sich nicht mehr in der Breiten Straße 8/9, sondern Berlin S.W. 68, Ritterstraße 75, befinden.

Nur die Zuschriften für die Redaktion

bitten wir an diese Adresse zu richten.

Alle anderen Zuschriften, Zeitungsbestellungen, Geldsendungen usw. nach den Bureauräumen der Verlagsgenossenschaft: Berlin NW. 40, Kronprinzenufer 27 I. Daseibst befindet sich auch die Hauptexpedition und die Inseratenabteilung.

Die Redaktion ist telephonisch unter den Nummern Moritzplatz 41 67, 43 91 und 159 97 und Amt Dönhoff 41 90—92 zu erreichen.

Die Verlagsgenossenschaft hat die Telefonnummer Moabit 20 21.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin, für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen Ludwig Romminger, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck: Verbands-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3.

Achtung!

Metallarbeiter der USPD.

Fraktionsversammlungen der USPD-Metallarbeiter finden in sämtlichen Bezirken am Donnerstag, den 13. Juli 1922, nachmittags 4 1/2 Uhr in unten bezeichneten Lokalen statt:

- | | |
|--|---|
| 1. Bezirk (Weißensee bis Alexanderplatz) im Lokal von Masche, Weißensee, Berliner Allee 251. | 14. Bezirk Kürschner-Oberrealschule, Zwinglistr. 2. |
| 2. „ Andreasfesthalle, Berlin D 27, Andreasstr. 21. | 15. „ Jugendheim, Reinickendorf-West, Scharnweberstr. 110. |
| 3. „ Cäcilien-Anzeum, Lichtenberg, Rathausstr. 8. | 16. „ Schulaula, Ruheplatz 5/7. |
| 4. „ Schulaula, Rudolphplatz, Gohlerstr. 60/61. | 17. „ bei Müller, Scheringstr. 10. |
| 5. u. 7. Bezirk Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147. | 18. „ (Zentrum) Hummel, Sophienstr. 5. |
| 6. Bezirk (Tempelhof), Bürgergarten, Am Bahnhof, (Neukölln), Idealasino, Weichselstr. 8. | 19. „ Glicsche, Kopenhagener Str. 74. |
| (Treptow), Gesellschaftshaus von Braun, am Bahnhof Treptow. | 20. „ (Gesundbrunnen, Reinickendorf-Ost, Rosenthal, Pankow, Schönholz, Heinersdorf, Buchholz) Schulaula, Grünthaler Str. 5. |
| 8., 9., 10. Bezirk Gewerkschaftshaus, Saal 3, Engeliser 24/25. | 21. „ (Oberschöneweide, Niederschöneweide, Adlershof) Lokal von Schöps, Grünauer Str. 8. |
| 11. Bezirk (Schöneberg), Rosenthal, Ebersstr. 66. | 22. „ (Friedrichshagen, Köpenick) bei Schulz, Köpenick, Bahnhofstr. 34. |
| 12. „ Unter den Eichen, Lichterfelde-West. | 23. „ (Spandau), Hauptbahnhof, Germaniaäle, Stresowplatz 19. |
| 13. Bezirk — | |

Das Erscheinen aller USPD-Mitglieder ist unbedingt Pflicht. Sympathisierende können eingeführt werden.

Da in diesen Lokalen das Material zur Wahl ausgegeben wird, muß jeder Betrieb unbedingt vertreten sein.

Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimiert.

Das Inserat ist auszuschneiden und am schwarzen Brett anzubringen. Das Zentralwahlbureau der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale befindet sich bei Spiegel, Ackerstr. 1, Ecke Linienstr. Telephon Norden 2736. — Alle verfügbaren Kräfte haben sich dort zu melden.

Der Fraktionsvorstand.